Mit START zum Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung? Stand und Perspektiven der Bemühungen um "kooperative Denuklearisierung"

Dembinski, Matthias

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

HSFK–Report 3/1993

HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG

Matthias Dembinski

Mit START zum Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung?

Stand und Perspektiven der Bemühungen um "kooperative Denuklearisierung"

HSFK-Report 3/1993

Frankfurt am Main

HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKT-FORSCHUNG

Matthias Dembinski

Mit START zum Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung?

Stand und Perspektiven der Bemühungen um "kooperative Denuklearisierung"

HSFK-Report 3/1993
März 1993

Adresse des Autors:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Leimenrode 29
D-6000 Frankfurt/Main 1
Tel. 069 / 9200540
Fax. 069 / 558481

ISBN 3-928965-24-7

DM 12,00

Zusammenfassung

Der am 3. Januar 1993 unterzeichnete START-II-Vertrag krönt einen Prozeß nuklearer Abrüstung von historischen Dimensionen. Vorausgegangen waren zwei Runden unilateraler reziproker Abrüstungsinitiativen, die Präsident Bush nach dem gescheiterten Moskauer Putsch im September 1991 eröffnet hatte. Dieser Prozeß "kooperativer Denuklearisierung" steht zwar in der Tradition der Rüstungskontrolle, weist aber weit über sie hinaus. Die Rüstungskontrolle hatte die Stabilisierung der Abschreckung zum Ziel, wenn auch auf möglichst niedrigem Niveau. Im Mittelpunkt der Strategie kooperativer Denuklearisierung stehen zwei weitergehende Interessen. Zum einen geht es den beiden früheren Antagonisten des Ost-West-Konflikts nach dessen Ende darum, die Qualität der neuen Beziehung auch in ihrer Rüstungspolitik auszudrücken und zu verhindern, daß die nuklearen Drohpotentiale wiederum zu wechselseitigem Mißtrauen Anlaß geben und die politischen Beziehungen belasten. Zum anderen und wichtiger stellt die Strategie kooperativer Denuklearisierung den Versuch dar, die neuen Bedrohungen zu meistern, die mit der historisch erstmaligen Desintegration einer atomaren Supermacht entstehen.

Die unilateralen Initiativen und das START-Abkommen öffnen die Perspektive auch wieder auf ein Ziel, das nach dem zweiten Weltkrieg im Mittelpunkt der internationalen Bemühungen um Rüstungsbegrenzung stand, aber mit Beginn der sechziger Jahre aus dem Blickfeld geraten war: die allgemeine und vollständige nukleare Abrüstung. Es ist zu erwarten, daß diese Perspektive, anders als noch in den späten achtziger Jahren, künftig vor allem von den USA propagiert werden wird. Dagegen wird es Rußland schwerer fallen, an den Zielvorstellungen der Abrüstungspolitik Gorbatschows festzuhalten und eine Sicherheitspolitik zu formulieren, in der Nuklearwaffen sukzessive überflüssig werden. Die nuklearen Drittstaaten Großbritannien, Frankreich und China haben sich bisher am Prozeß nuklearer Abrüstung nicht beteiligt, obwohl auch sie an ihren Modernisierungsplänen erste Abstriche vorgenommen haben. Dennoch könnten sich die europäischen Drittstaaten (nach Südafrika) als erste veranlaßt sehen, Atomwaffen in nationalem Besitz aufzugeben. Ihrer nuklearen Rüstung fehlt nicht nur eine glaubwürdige Legitimation; sie ist auch kaum noch zu finanzieren.

Die bisher erreichte Abrüstung wird ebenfalls positive Rückwirkungen auf die weitere (horizontale) Verbreitung von Nuklearwaffen haben. Obwohl der Zusammenhang zwischen horizontaler und vertikaler Proliferation nicht eindeutig und in der Forschung umstritten ist, steht zu erwarten, daß die bisherige Abrüstung das Verhandlungsklima auf der entscheidenden Verlängerungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages 1995 deutlich verbessern wird. Zumindest wird die politische Akzeptanz des Nichtverbreitungsvertrages in unterentwickelten und sich entwickelnden Ländern zunehmen.

1991 haben die USA und die UdSSR erklärt, ihre gesamten see- und landgestützten sowie den größten Teil ihrer luftgestützten taktischen Nuklearwaffen abziehen zu wollen. Der größere Teil der Sprengköpfe wird demontiert, die moderneren werden eingemottet. Davon betroffen sind auf amerikanischer Seite 5.000, auf russischer Seite ca. 13.000 Waffen. 1992

und Anfang 1993 haben die USA und Rußland weiterhin beschlossen, ihre strategischen Waffen drastisch zu reduzieren und die Qualität nuklearer Abschreckung nachhaltig zu verändern.

- Die Anzahl der strategischen Gefechtsköpfe soll um zwei Drittel auf 3.000 - 3.500 pro Seite verringert werden.

- Die Modernisierung der Streitkräfte, also die qualitative Aufrüstung wird eingestellt. Zum erstenmal seit 1945 wird kein neuer nuklearer Gefechtskopf und kein Trägersystem entwickelt oder getestet.

- Die Sicherheit und Stabilität der strategischen Rüstung wird erhöht; destabilisierende Entwicklungen der letzten Dekade wie die Bestückung von Raketen mit mehreren Gefechtsköpfen sollen rückgängig gemacht werden.

Allerdings steht die Implementierung der Abrüstung zum größeren Teil noch aus. Auch der START-II-Vertrag besteht bisher nur aus Papier. Das russische Parlament hat die Ausführung der START-Verträge von der Bereitschaft der Ukraine abhängig gemacht, ebenso wie Kasachstan und Weißrußland sein Versprechen einzulösen und die auf seinem Territorium stationierten Nuklearwaffen aufzugeben. Weitere Voraussetzungen für die Implementierung der Abrüstung sind die politische Stabilität und der Zusammenhalt Rußlands sowie die Handlungsfähigkeit der Moskauer Führung. Drittens schließlich hängt die Abrüstung ganz unmittelbar an der Fähigkeit Rußlands, die mit diesem Prozeß verknüpften technischen Schwierigkeiten zu meistern.

Viele westliche Länder versuchen, durch diplomatische Aktivitäten und technische Zusammenarbeit den Abrüstungsprozeß zu flankieren. Die Bundesrepublik sollte sich stärker engagieren und

- gegenüber der Ukraine auf die Denuklearisierung der Republik dringen.

- ihr Engagement zur sicheren Entsorgung des russischen Nuklearwaffenkomplexes stärken. Nötig sind insbesondere Projekte zur längerfristigen Entsorgung des mit der Abrüstung freiwerdenden Plutoniums.

- sich im Bündnis gegen Versuche sperren, neue Rollen für die nuklearen Waffen zu definieren.

- die Perspektive der allgemeinen und vollständigen nuklearen Abrüstung offenhalten und weitere Schritte auf diesem Weg konzipieren. Hierzu gehört auch ein umfassender Teststopp-Vertrag.

INHALT

1. Einleitung

Mit dem START-II-Vertrag zur Reduzierung der Nuklearwaffen mit interkontinentaler Reichweite haben die Präsidenten Bush und Jelzin ein Abkommen unterzeichnet, dem man mit Recht das Attribut "historisch" zuordnen kann. Im Verein mit den 1991 und 1992 von beiden Seiten durchgeführten einseitigen Abrüstungsschritten wird START-II nachhaltig in die Rüstungsdynamik eingreifen, die nuklearen Potentiale drastisch verringern und den Prozeß der Rüstungsmodernisierung deutlich verlangsamen. Perspektivisch könnte der Vertrag wieder den Blick auf die allgemeine und vollständige nukleare Abrüstung öffnen, ein Ziel, das nach dem zweiten Weltkrieg mit viel diplomatischer Energie, allerdings nach dem Scheitern der ersten Verhandlungsrunden mit zunehmend weniger Überzeugung verfolgt worden war, und das erst Anfang der sechziger Jahre durch das bescheidenere, dafür aber damals realistischere Konzept der Rüstungskontrolle abgelöst wurde. Mit dem Rückzug auf das Konzept der Rüstungskontrolle anerkannten die damaligen Supermächte, daß das zwischen ihnen bestehende Mißtrauen und die scheinbar unüberbrückbaren Interessengegensätze einen Verzicht auf die stärkste Waffe in ihrem Arsenal nicht zuläßt. Stattdessen sollte die nukleare Abschreckung stabilisiert werden. Die Verträge zur Kontrolle der strategischen Rüstung, die in den siebziger Jahren ausgehandelten SALT-Abkommen und der kurz vor dem schicksalhaften Moskauer Putsch im Juli 1991 unterzeichnete START-I-Vertrag trugen denn auch kaum zur Abrüstung bei, wurden nicht einmal dem Ziel einer Stabilisierung der Abschreckung gerecht, sondern sind am treffendsten als Instrumente zur Steuerung der Rüstungsdynamik zu charakterisieren.

START-II steht zwar in der Tradition der Rüstungskontrolle, weist aber deutlich über sie hinaus. Das gilt sowohl für die Substanz und den Kontext als auch für den Zeitrahmen. Während es neun Jahre brauchte, um START-I auszuhandeln, benötigten die Unterhändler für START-II gerade sechs Monate.

Die Gefahr eines globalen Nuklearkrieges, ausgelöst durch eine krisenhafte Verstrickung oder eine Fehlreaktion der politisch-technischen Entscheidungssysteme, hat sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts weitgehend erledigt. An seine Stelle sind neue, schwerer zu kalkulierende aber möglicherweise realere Gefährdungen getreten. Hinzuweisen ist an erster Stelle auf die möglichen Konsequenzen, die ein Zerfall der UdSSR in mehrere Kernwaffenstaaten oder ein Verlust der zentralen Kontrolle über den nuklearen Komplex zeitigen könnte.

Dementsprechend konnte die Stabilisierung des Rüstungswettlaufs nach Ende des Ost-West-Konfliktes nicht mehr im Zentrum der Bemühungen stehen. Die unilateralen Abrüstungsinitiativen ebenso wie START-II dienten stattdessen dem weitergehenden Ziel einer Bearbeitung der neuen Gefährdungen durch kooperative Denuklearisierung.

In dem Report wird der Stand der nuklearen Abrüstung beschrieben und untersucht, ob die vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen den neuen Gefährdungen gerecht werden. Weiterhin werden die erreichten Reduzierungen in eine längerfristige Perspektive eingeordnet. Rückwärts gewandt werden die quantitativen und qualitativen Aspekte der durch die jüngsten Maßnahmen verringerten Streitkräfte mit den Rüstungsniveaus seit 1945 verglichen. In die Zukunft gerichtet wird untersucht, ob die erreichte Abrüstung nur einem kurzfristigen Impuls entspricht, leicht umkehrbar ist, womöglich sogar nur eine Verlagerung der Rüstungsdynamik in andere Bereiche verschleiert, oder ob sich hierin ein längerfristiger Trend ausdrückt und sich tatsächlich die Perspektive auf die allgemeine und vollständige nukleare Abrüstung öffnen könnte.

Vor diesem Hintergrund wäre es zu kurz gegriffen, den Stand der nuklearen Abrüstung lediglich auf die Potentiale beziehen zu wollen. So wichtig diese Dimension ist, muß auch nach den zukünftigen Rollen der nuklearen Arsenale, der konzeptionellen Dimension gefragt werden. Dieser Herausforderung haben sich die nuklearwaffenbesitzenden Staaten nicht ernsthaft genug gestellt. Die bisher erreichte Abrüstung verlief eher naturwüchsig, allein getrieben von der Erkenntnis, daß die in 45 Jahren atomarer Konkurrenz zu grotesken Dimensionen aufgeblähten Arsenale schlicht nicht mehr in die neue Zeit passen. Daher sollen neben regierungsamtlichen Verlautbarungen die wissenschaftliche und politische Diskussion über die Zukunft der nuklearen Doktrinen mitreflektiert werden.

Ebensowenig darf die Diskussion über Stand und Zukunft der nuklearen Abrüstung auf die USA und die UdSSR bzw. Rußland beschränkt bleiben. Eine solche Beschränkung wäre schon zu Zeiten des Ost-West-Konflikts künstlich gewesen; nach seinem Ende läßt sie sich nicht mehr sinnvoll vornehmen. Dennoch verbietet es der zur Verfügung stehende Platz, die Nuklearpolitiken Großbritanniens, Frankreichs und Chinas mit derselben Ausführlichkeit vorzustellen.

Schließlich verfolgt der Report ein drittes Interesse, nämlich die erreichte Abrüstung in den Kontext der Diskussion um Nuklearrüstung und Weltordnungsproblematik zu stellen, insbesondere den Zusammenhang zwischen der horizontalen und vertikalen Verbreitung von Nuklearwaffen zu beleuchten.[1]

Besondere Aktualität gewinnt dieses Interesse durch die 1995 anstehende Entscheidung über eine Verlängerung des Nicht-Verbreitungsvertrages (NVV). Auf allen bisherigen Konferenzen zur Überprüfung des NVV spielte der Zusammenhang zwischen horizontaler und vertikaler Abrüstung eine wichtige Rolle. Für einen erfolgreichen Abschluß der zweiten und vierten Überprüfungskonferenz 1980 und 1990 wurde die als ungenügend wahrgenommene Abrüstungsbereitschaft der nuklearwaffenbesitzenden Staaten zum entscheidenden Stolperstein.[2]

---

1 Richard Falk: Nuclear Weapons Proliferation as a World Order Problem, in: International Security, 1 (Winter 1977) 3, S. 79-93.

2 David Fischer und Harald Müller: A Treaty in Trouble. Europe and the NPT after the Fourth Review Conference, PRIF Report No. 17, Frankfurt, Januar 1991, S. 22.

Trotz der bisher erreichten Abrüstung ist nicht auszuschließen, daß Kontroversen über den angemessenen Zusammenhang zwischen horizontaler und vertikaler Abrüstung auch das Klima der nächsten Überprüfungskonferenz belasten und eine unbefristete Verlängerung des NVV erschweren könnten. Art. VI des NVV verpflichtet seine Mitglieder, guten Willens über eine möglichst frühe Beendigung des Wettrüstens zu verhandeln. Mit dieser Formulierung legt der Vertrag die nuklearwaffenbesitzenden Staaten auf einen Prozeß nuklearer Rüstungsreduzierung fest, an dessen zeitlich nicht definiertem Ende die allgemeine und vollständige Abrüstung steht. Die Präambel fordert daneben, einen umfassenden Teststopp abzuschließen.

Es ließe sich argumentieren, daß die nuklearwaffenbesitzenden Staaten mit der erreichten Abrüstung diesen Forderungen bereits genügen. Die nukleare Rüstungsdynamik ist zweifellos gebremst; der Prozeß der nuklearen Abrüstung bereits weit fortgeschritten. Ein umfassender Teststoppvertrag ist zwar noch nicht erreicht, die Verpflichtung hierzu ist jedoch nur in der Präambel erwähnt, stellt also keine völkerrechtlich verbindliche Forderung dar.

Allerdings muß bezweifelt werden, daß sich die Mehrheit der nicht-nuklearwaffenbesitzenden Staaten mit dieser formalistischen Argumentation bescheiden würde. Mehr Substanz bezieht der Zusammenhang zwischen horizontaler und vertikaler Nonproliferation aus dem Diskriminierungsvorwurf, d.h. der Vermutung, die atomaren Potentiale der Nuklearwaffenstaaten stellten eine Bedrohung für die Nichtkernwaffenstaaten dar bzw. aus dem Besitz nuklearer Waffen würden besondere Rechte, Entfaltungsmöglichkeiten und Prestige erwachsen; sie seien Quellen staatlicher Macht, die den nicht über Nuklearwaffen verfügenden Staaten verwehrt würden.[3]

Tatsächlich ist die empirische Evidenz für diese Hypothesen höchst umstritten. Eine Reihe wissenschaftlich gewichtiger Untersuchungen über das Krisenverhalten von Nuklearwaffenstaaten kommt zu dem Ergebnis, daß der Besitz von Nuklearwaffen und erst recht die Quantität und Qualität der atomaren Arsenale nur einen geringen Einfluß auf das Krisenverhalten dieser Staaten hatte.[4] Unabhängig von diesen Einwänden ist zu prüfen, welchen

---

3 Vgl.: Munir Ahmad Khan: Towards a Universal Framework of Nuclear Restraint, in: Joseph F. Pilat/Robert E. Pendley (Hg.): Beyond 1995. The Future of the Nonproliferation Regime, New York/ London (Plenum Press) 1990, S. 83-91.

4. Vgl.: Robert McNamara: Blundering into Desaster: Surviving the First Century of the Nuclear Age, New York (Pantheon Books) 1986; Morton H. Halperin: Nuclear Fallacy: Dispelling the Myth of Nuclear Strategy, Cambridge, Mass. (Ballinger) 1987. Die Ergebnisse der Forschung über den Effekt nuklearer Waffen auf das Durchsetzungsvermögen in Krisen sind nicht eindeutig. Siehe zusammenfassend: Alexander L. George und Richard Smoke: Deterrence and Foreign Policy, in: World Politics, 41 (Januar 1989) 2, S. 179-182. Es besteht aber Konsens, daß Nuklearwaffen, wenn überhaupt, nur einen geringen Effekt hatten und daß die Details der nuklearen Balance irrelevant waren (Vgl.: Jack S. Levy: Quantitative Studies in Deterrence Success and Failure, in: Paul C. Stern, Robert Axelrod, Robert Jervis, Roy Radner (Hg.): Perspectives on Deterrence, New York (Oxford University Press) 1989, S. 98-133). Nukleare Waffen haben möglicherweise zu einer Zivilisierung und Rationalisierung des Konfliktaustrags im Ost-West-Verhältnis beigetragen. (Vgl.: John Lewis Gaddis: The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War, New York u.a. (Oxford University Press)

Einfluß die vereinbarten Reduzierungen auf den außen- und sicherheitspolitischen Nutzen von Nuklearwaffen haben, ob also die erreichte Abrüstung auch in qualitativer Hinsicht den aus dem NVV resultierenden Verpflichtungen der Nuklearwaffenstaaten entspricht.

Eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die vertraglichen Verpflichtungen der Kernwaffenstaaten und ihre Erfüllung sollte möglichst früh geführt werden, um möglicherweise regimesprengende Kontroversen auf der Konferenz 1995 zu vermeiden.

1987). Aber selbst dieser Zusammenhang ist nicht eindeutig. Das Zusammentreffen von langem Frieden und nuklearer Abschreckung ist möglicherweise eine reine Koinzidenz (vgl. hierzu John Mueller: Retreat from Doomsday: The Obsolescense of Major War, New York (Basic Books) 1989), jedenfalls nicht garantiert. In einer anderen historischen Situation kann nukleare Abschreckung ebensogut zu nuklearem Krieg führen. Nukleare Abschreckung scheint jedenfalls nur in einem bestimmten strategischen und sozialen Kontext zur Stabilisierung von Konflikten beizutragen. Vgl.: Joseph Nye: Nuclear Learning and U.S. Security Regimes, in: International Organization, 41 (Sommer 1987) 3, S. 371-402.

2. Die früheren Supermächte: USA und Sowjetunion bzw. Gruppe Unabhängiger Staaten (GUS)

2.1. Der Stand der Abrüstung

2.1.1. Die politischen Rahmendaten

Die von Präsident Gorbatschow ab 1985 initiierten Reformen und die von ihm vorgelegten Abrüstungsvorschläge hatten zunächst nur begrenzten Einfluß auf den Gang der nuklearen Abrüstung. Zwar unterzeichnete Ronald Reagan, der sich in seiner ersten Amtszeit noch den Ruf eines unnachgiebigen Kalten Kriegers erworben hatte, den revolutionären INF-Vertrag über die vollständige Beseitigung einer ganzen Kategorie modernster Waffen, ließ sich auf dem Reykjavik-Gipfel 1987 sogar auf Verhandlungen über die vollständige Beseitigung der nuklearen Rüstung ein.[5]

Sein von vielen als moderat eingeschätzter Nachfolger rangierte den Zug der nuklearen Abrüstung aber zunächst wieder auf ein Abstellgleis. Das erste Jahr ihrer Amtszeit verbrachte die Bush-Administration mit einer aufwendigen Überprüfung der nuklearen Rüstungs- und Rüstungskontrollkonzeption. In ihrem zweiten Jahr schlugen sich die dabei laut gewordenen Befürchtungen vor einer zu schnellen Abrüstung in Verweigerung, Verzögerung und Stagnation nieder.[6]

Bewegung gab es zuerst im taktisch-nuklearen Bereich, in dem die an Überwindung der Blockkonfrontation interessierten europäischen Staaten innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses auf weiterreichenden Schritten bestanden. Im strategischen Bereich hingegen betrieb Bush praktisch bis zum Zusammenbruch der UdSSR "business as usual".

Mit dem gescheiterten Putsch und dem Zusammenbruch der UdSSR änderten sich die politischen Rahmendaten der Abrüstung abermals vollständig. Auch die Bush-Administration akzeptierte nun, daß die Re-Etablierung eines expansionistischen, totalitären Systems, vergleichbar dem alten sowjetischen Regime, die unwahrscheinlichste der möglichen Gefahren darstellt. Stattdessen schoben sich vollkommen neue Bedrohungen in den Vordergrund. Drei mögliche Szenarien sind zu unterscheiden. Die frühere Sowjetunion könnte in mehrere kernwaffenbesitzende Staaten zerbrechen und damit schwer überschaubare aber potentiell katastrophale Instabilitäten für die Region und ihre Nachbarn erzeugen. Zweitens könnte die Kontrolle über die atomaren Waffen verlorengehen und nukleares Wissen, spaltbares Material, im schlimmsten Fall sogar ganze Waffen in dritte Staaten oder

---

5 Gert Krell et. al.: Von der Rüstungskontrolle zur Abrüstung? Zum Stand der Genfer Verhandlungen nach Reykjavik, HSFK Report 1/1987, Frankfurt 1987.

6 Matthias Dembinski et.al.: Modernisierung und kein Ende? Die "Modernisierung" der Kurzstreckenraketen und die Defizite der sicherheitspolitischen Debatte der NATO, HSFK Report 1-2/1989, insb. S. 17ff.

unbefugte Hände gelangen. Und selbst wenn es gelänge, den nuklearen Komplex in Rußland zu konzentrieren, wäre seine Einhegung und dauerhafte Kontrolle keineswegs garantiert. Dafür sind die politischen Verhältnisse in Rußland selbst zu unstabil. Weder kann der weitere Zerfall Rußlands mit Sicherheit ausgeschlossen noch die politische Rationalität und entspannungspolitische Orientierung künftiger Regierungen als gegeben angenommen werden.[7]

Mit dem Zerfall der Sowjetunion sieht sich die Politik der Friedenssicherung durch Abschreckung mit Herausforderungen konfrontiert, die in ihrer traditionellen Kosten-Nutzen-Bilanz nicht einmal ansatzweise enthalten waren. Nicht nur wurden die mit dem Betrieb und der Entsorgung der nuklearen Anlagen beider Seiten verbundenen Kosten bisher vollkommen verdrängt. Die USA werden geschätzte 150 Mrd. Dollar aufbringen müssen, um die Umweltschäden, die fast fünfzig Jahre nukleare Hochrüstung angerichtet haben, zu beseitigen.[8] Nicht enthalten in dieser Gleichung sind die menschlichen Leiden, die infolge des leichtfertigen Umgangs mit nuklearer Strahlung zu beklagen sind. Auf Seiten der früheren Sowjetunion sind die Folgen der nuklearen Gigantomanie wesentlich gravierender; die Umweltschäden und die Kosten der Aufräumarbeiten nicht abzuschätzen. Gesichert ist allerdings, daß die Vermutung, Rüstung töte schon im Frieden, hier in einem sehr unmittelbaren Sinne zutrifft, und zwar vieltausendfach.[9]

Vor allem wurde mit einem Schlag die Annahme grundsätzlich erschüttert, daß schon der Besitz von Nuklearwaffen die politischen und militärischen Führungen der entsprechenden Länder zur Ausformung eines rationalen Verhaltens veranlassen würde und daß auf diese Rationalität dauerhaft Verlaß ist.

In der zweiten Jahreshälfte 1991 begann Bush, wenn auch nicht immer angemessen, auf die neuen Gefahren zu reagieren. Entgegen den Empfehlungen einiger starr im Korsett der "realistischen" Denktradition argumentierender politischer Beobachter, unterstützte die Bush-Administration Versuche, die Einheit der Sowjetunion oder eines Nachfolgestaates zu wahren und setzte sich, als diese Perspektive gescheitert war, unzweideutig für die Zentralisierung und Konsolidierung des ehemaligen sowjetischen Nuklearwaffenkomplexes in Rußland ein. Dabei vertraute die Administration auf drei Instrumente. Sie unterstütze diplomatisch den Anspruch Rußlands, Alleinerbe des nuklearen Komplexes zu werden, nutzte die nukleare Abrüstung, um diesen Anspruch abzustützen und ihm Legitimität zu

---

7 Joachim Krause: Nukleare Verbreitungsrisiken und der Zerfall der Sowjetunion, in: Außenpolitik, 4/1992, S. 352-361.

8 Complex Cleanup: The Environmental Legacy of Nuclear Weapons Production, Office of Technology Assessment, U.S. Congress, Washington, Februar 1991.

9 Einem Bericht des Chefs der russischen Auslandsaufklärung zufolge hat das militärische Nuklearprogramm der UdSSR ein Fünftel der Fläche des Landes atomar verseucht. 400.000 Menschen sollen allein durch radioaktive Strahlung verseucht worden sein, die durch Unfälle und den Normalbetrieb der Plutoniumanlage Majak (Chelyabinsk 65) im Ural freigesetzt wurde. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Januar 1992, S. 1f.

verleihen, und sie gab technische Hilfestellung bei der Konsolidierung und dem Abbau des atomaren Arsenals.[10]

Bei der Abrüstung setzten die USA auf eine Strategie bestehend aus unilateralen und vertraglich vereinbarten Schritten. Noch vor dem Zerfall der UdSSR wurde im Juli 1991 nach neunjähriger Verhandlungsdauer der START-I-Vertrag unterzeichnet. Der Erklärung Bushs über unilaterale Abrüstungsschritte vom September 1991 folgte der Bericht zur Lage der Nation vom Januar 1992 mit der Ankündigung weiterer Abrüstungsinitiativen. Beide Initiativen wurden von der UdSSR bzw. Rußland positiv beantwortet und gipfelten in der Vereinbarung zwischen Bush und Jelzin vom Juli 1992 über eine strategische Abrüstung weit über die in START-I angepeilten Eckdaten hinaus. Im Januar 1993 wurde das START-II-Rahmenabkommen in eine konkretere und politisch verbindlichere vertragliche Form gegossen.

Die Abrüstungsinitiativen waren von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung der nuklearen Erbfolgefrage. Mit dem ukrainischen Unabhängigkeitsvotum vom 1. Dezember 1991 war die Hoffnung auf eine Neuformierung der Union endgültig gescheitert, die Einheit des Landes nicht mehr zu retten. Bis dahin hatte die sowjetische Armee bereits die Nuklearwaffen aus allen Republiken mit Ausnahme der Ukraine, Kasachstans und Weißrußlands nach Rußland verlegt. Das nukleare Potential verteilte sich zu diesem Zeitpunkt auf die vier Republiken wie folgt:

TABELLE I

Land		**Strategische /**	**Taktische Waffen**
Rußland		7.449	12.000
davon	ICBM	4.278	
	SLBM	2.804	
	Bomber	367	
Ukraine		1.656	2.600
davon	SS-24	460	
	SS-19	780	
	Bear-H	224	
	Blackjack	192	
Kasachstan		1.410	650
davon	SS-18	1.040	
	Bear-H	370	
Weißrußland		81	1.100
davon	SS-25	81	

* Angaben beziehen sich auf Sprengköpfe. Der Berechnung zugrunde liegen die Angaben in dem Memorandum des START-IVertrages.

---

10 Eine der ersten Stimmen, die in den USA auf die mit dem Zerfall der Sowjetunion sich ergebenden Gefahren hingewiesen haben, waren Kurt M. Campbell/Ashton Carter/Steven E. Miller/Charles A. Zracket: Soviet Nuclear Fission. Control of the Nuclear Arsenal in a Disintegrating Soviet Union, CSIA Studies in International Security, Cambridge, Mass. 1991.

Die bis zum Dezember 1991 vereinbarten und unilateral angekündigten Abrüstungsschritte stellten eine wichtige Voraussetzung für die grundsätzliche Bereitschaft der Republiken dar, einen nuklearwaffenfreien Status anzustreben und in der Zwischenzeit die auf ihrem Territorium befindlichen Nuklearwaffen einem gemeinsamen Oberkommando zu unterstellen. Die USA konnten in ihren Gesprächen mit den Republiken darauf verweisen, daß die abzuziehenden Nuklearwaffen nicht das russische Arsenal stärken würden, sondern daß eine amerikanisch-russische Übereinkunft über ihre Beseitigung existierte.

Dies Argument war vor allem gegenüber der Ukraine bedeutsam. Während Weißrußland und Kasachstan die Nuklearwaffen eher als Symbol einer russischen Sicherheitsgarantie wahrnehmen, erscheinen sie aus ukrainischer Sicht als Bedrohung. [11]

Im Dezember 1991 kam die sich konstituierende "Gruppe unabhängiger Staaten" (GUS) während Gipfeltreffen in Brest, Alma Ata und Minsk überein, die Nuklearwaffen einem gemeinsamen Oberkommando der GUS unter der Kontrolle Jelzins zu unterstellen. Kasachstan, die Ukraine und Weißrußland sagten zu, die taktischen Nuklearwaffen bis zum 1. Juli 1992 nach Rußland zu verbringen und den Abtransport der strategischen Waffen bis spätestens Ende 1994 abzuschließen. Ukraine und Weißrußland versprachen darüber hinaus förmlich, dem Nicht-Verbreitungsvertrag als nuklearwaffenfreier Staat beizutreten. Kasachstan verpflichtete sich im Dezember 1991 gegenüber dem amerikanischen Außenminister Baker zu demselben Schritt. Im Gegenzug wurden den Republiken Einspruchsmöglichkeiten gegen einen Einsatz der Waffen und die Zusicherung eingeräumt, die Zerstörung der abtransportierten Waffen verifizieren zu dürfen. [12]

Diplomatische Interventionen von westlicher Seite waren dennoch auch im Frühjahr 1992 nötig, um die Umsetzung dieser Absprachen sicherzustellen. Im März mußte die Ukraine mit viel Engagement dazu bewegt werden, den Abtransport der taktischen Nuklearwaffen, den sie vorübergehend eingestellt hatte, wieder aufzunehmen.

Größere Schwierigkeiten bereitet die Beseitigung der strategischen Waffen. Mit der Auflösung eines der Vertragspartner kurz nach Unterzeichnung des START-Vertrages ergaben sich komplexe politische und völkerrechtliche Probleme. Zwar hatten alle Republiken zugesagt, die in dem START-Vertrag festgelegten Verpflichtungen der UdSSR zu

---

11 Weißrußland und Kasachstan waren mit am entschiedensten am Zustandekommen eines Unionvertrages interessiert. Auch nach seinem Scheitern strebten sie die Rolle eines engen Verbündeten und Juniorpartners Rußlands an. Insbesondere in der Sicht Präsident Nazurbajews würden in Kasachstan stationierte, aber russisch kontrollierte Nuklearwaffen dem Land verläßliche Sicherheitsgarantien geben. Demgegenüber konstituierte sich die Ukraine in deutlicher Abgrenzung von Rußland. Ihre Gründung schuf in ihrer Dynamik kaum abzuschätzende Konflikte mit dem russischen Nachbarn. Vgl.: Sergei A. Karaganov: Russia: The New Foreign Policy and Security Agenda. A View from Moscow. London Defense Studies No. 12, Center for Defense Studies 1992.

12 Vgl. hierzu und zum folgenden insbesondere Steven E. Miller: Western diplomacy and the Soviet nuclear legacy, in: Survival, 34 (Herbst 1992) 3, S. 3-27. Die Möglichkeiten der drei Republiken, einen Einsatz der Nuklearwaffen zu kontrollieren, bestehen offensichtlich nur in den vorgesehenen Konsultationsmechanismen. Ein Zwei-Schlüsselsystem wie bei manchen der in Europa stationierten amerikanischen Nuklearwaffen oder ähnliche "hardware"-Lösungen existieren nicht.

honorieren. Die Republiken konnten sich aber nicht über die Modalitäten der Vertragsimplementierung einigen. Um die aus dem Vertrag resultierenden Abrüstungsbestimmungen zwischen den Republiken verbindlich zu regeln, zeigten sich die USA und Rußland im Mai 1992 bereit, die Ukraine, Weißrußland und Kasachstan über Protokolle formal an den Vertrag zu binden. Mit ihrer Unterschrift unter die Lissaboner Protokolle sagten die Präsidenten der drei Republiken zu, die strategischen Nuklearwaffen an Rußland zur Verschrottung zu überstellen und dem NVV als nuklearwaffenfreie Staaten beizutreten. Der Nachteil dieses Vorgehens wurde schnell offensichtlich. Die Ukraine interpretierte die Vereinbarung als Erlaubnis, die strategischen Nuklearwaffen bis mindestens 1998 auf ihrem Territorium behalten zu dürfen.[13]

Das russische Parlament knüpfte die Umsetzung des START-I-Vertrages, und damit auch des Nachfolgeabkommens, an die Ratifizierung der Lissaboner Protokolle durch die drei anderen Republiken. Diese Bedingung war auch im März 1993 noch nicht erfüllt. Daher ist die Implementierung des im folgenden Ausgeführten ungewiß, hängt die strategische Abrüstung in der Luft.

Die technische Hilfe, die mittlerweile von vielen westlichen Ländern bereitgestellt wird, bezieht sich auf die weitere Aufrechterhaltung der zentralen Kontrolle über den nuklearen Komplex. Darunter fallen so unterschiedliche Aktivitäten wie die Lieferung von Spezialwaggons und Spezialcontainern für den Transport und die Lagerung von Nuklearwaffen, Hilfe beim Design und Bau von zentralen Nuklearwaffenlagern, Ausbildungskurse für künftige Mitarbeiter der in den Republiken erst zu schaffenden Exportkontrollbehörden und vieles mehr. Von besonderer Bedeutung könnte ein Zentrum mit Filialen in Moskau und Kiew zur Beschäftigung sowjetischer Nuklearwaffenexperten werden.[14] Wichtig ist weiterhin ein amerikanisch-russischer Vertrag über den Ankauf von hochangereichertem Uran und amerikanische Unterstützung beim Bau eines zentralen Kernwaffenlagers in der Nähe von Tomsk.

2.1.2. Die nukleare Abrüstung im einzelnen

Die Reduzierungen der nuklearen Waffen erfolgten auf beiden Seite von einem sehr hohen Niveau. Die Anzahl der Atomwaffen im amerikanischen Inventar erreichte 1967 mit 32.000 Stück einen Höhepunkt. Seitdem wurden mehr Waffen ausgemustert als neue produziert. In den achtziger Jahren hielten die USA aber immer noch ca. 24.000 nukleare Gefechtsköpfe

---

13 Dunbar Lockwood: U.S., Four Commonwealth States Sign START Protocol in Lisbon, Arms Control Today, 22 (Juni 1992) 5, S. 18, 29.

14 Vgl.: Anette Schaper und Harald Müller: Die Kontrolleure verfügen nicht einmal über ein Kopiergerät, in: Frankfurter Rundschau, 4. Januar 1993, S. 13. Für die amerikanische Seite siehe Zachary Davis: Nuclear Scientists of the Former Soviet Union: Nonproliferation Issues, CRS Issue Brief, Congressional Research Service, Washington 1992. Für die deutsche Seite siehe: Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Kabinettsbericht vom 29. April 1992 über Maßnahmen gegen den unerlaubten Umgang mit Kernbrennstoffen aus GUS-Staaten, Bonn, 29.4.1992.

einsatzbereit.[15] (Vgl. Tabelle II) Die Gesamtmegatonnage gipfelte bereits 1960 in 19.000 Megatonnen (Mt) Sprengkraft. Die nächsten Waffengenerationen wurden kleiner und leichter. Bis 1984 sank die Gesamtsprengkraft auf die immer noch unvorstellbare Größe von ca. 4.900 Mt.[16] Dies Potential umfaßte ca. 12.000 strategische und eine ebenso große Anzahl sub-strategischer Waffen. In den siebziger Jahren waren über 7.000 in Europa, 3.500 zur See, 650 in Korea und 1.200 in Guam stationiert.[17] Bis Mitte der achtziger Jahre befanden sich noch knapp.6.000 nukleare Gefechtsköpfe in Europa, 150 in Korea und 420 in Guam. Weitere atomare Gefechtsköpfe sind in den USA gelagert oder aktiven Verbänden zugeordnet.

In der Sowjetunion begann die Massenproduktion von Nuklearwaffen erst Mitte der sechziger Jahre, verlief aber bis zum Ende des Ost-West-Konflikts kontinuierlich auf hohen Touren, ohne daß ältere Sprengköpfe mit einer auch nur annähernd gleichen Geschwindigkeit ausgemustert worden wären wie neue in Dienst gestellt wurden. Während die Sowjetunion nach verschiedenen Angaben ältere Sprengköpfe überhaupt nicht demontiert, sondern sämtlich eingelagert hat,[18] berichtet Victor Slipchenko, die Sowjetunion habe 1986 mit der Demontage älterer Sprengköpfe begonnen und bis 1992 20% der Nuklearwaffen (entspricht ca. 6.000 Stück) auseinandergebaut.[19] Diese Einschätzung wird vom 'Natural Resources Defense Council' bestätigt. Danach hat die Sowjetunion seit 1949 ca. 50.000 Sprengköpfe gebaut, von denen sich Anfang 1992 noch ca. 30.000 im aktiven Dienst der Streitkräfte bzw. in Zwischenlagern befanden.[20] In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erreichte die Anzahl der sowjetischen Nuklearwaffen mit 27.000 bis 33.000 Stück ihren höchsten Stand.[21] Dies Potential hatte zusammengenommen eine Zerstörungskraft von

---

15 Thomas B. Cochran, William M. Arkin, Milton M. Hoenig: Nuclear Weapons Data Book, Volume I: U.S. Nuclear Forces and Capabilities, Cambridge, Mass. (Ballinger) 1984, S. 15.

16 Dieselben und Robert S. Norris: Nuclear Weapons Data Book, Volume II: U.S. Nuclear Warhead Production, Cambridge, Mass. (Ballinger) 1987, S. 18.

17 Das seegestützte nukleare Potential setzt sich wie folgt zusammen: 1.450 - 1.800 gegen Landziele einsetzbare Bomben; 900 B57 Unterwasserbomben, 575 W44 Gefechtsköpfe für ASROC, 285 W55 für SUBROC, 285 W45-0 für Terrier-Luftabwehrraketen. Vgl. Joshua Handler/William M. Arkin: Nuclear Warships and Naval Nuclear Weapons: A Complete Inventory, Neptune Papers No. 2, Washington, Mai 1988; Richard Fieldhouse: Naval Nuclear Weapons: Status and Implications, in: Richard Fieldhouse/Shunji Taoka (Hg.): Superpowers at Sea: An Assessment of the Naval Arms Race, Oxford (Oxford University Press for SIPRI) 1989, S. 83-152.

18 William Walker: Nuclear Weapons and the Former Soviet Republics, in: International Affairs, 60 (April 1992) 2, S. 255-277, hier S. 259.

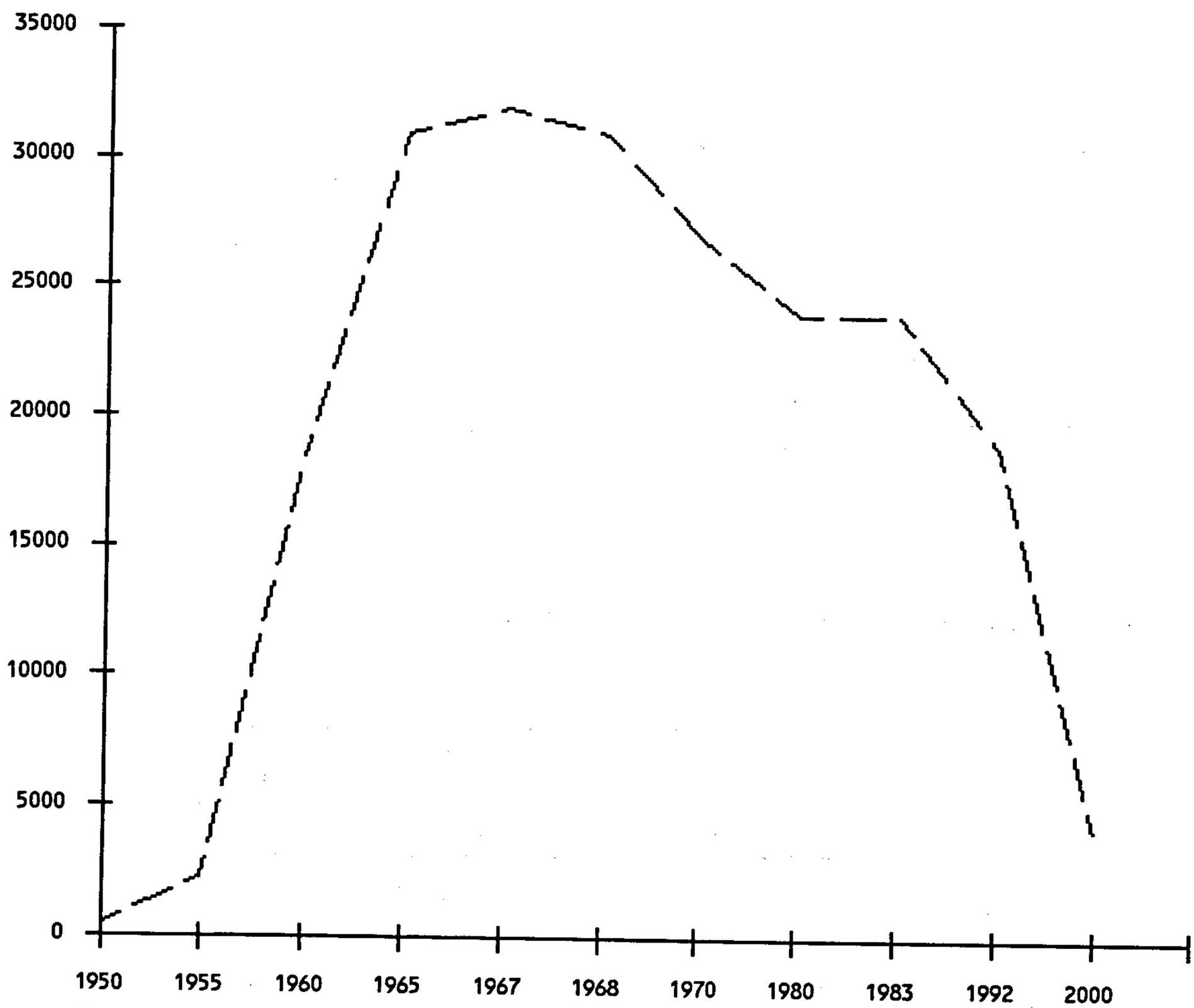
19 Victor Slipchenko: Russian Policies on the Disposal of HEU and Plutonium from Retired Warheads and Other Sources, Programme for Promoting Nuclear Non-Proliferation, PPNN Paper No. CG12/2, Oktober 1992, S. 2.

20 Thomas B. Cochran und Robert S. Norris: Russian/Soviet Nuclear Warhead Production, Working Paper NWD 92-1, New York (Natural Resources Defense Council) 1992, S. 8.

21 Sehr wahrscheinlich bewegte sich der Umfang des sowjetischen Arsenals eher an der oberen Grenze. Vgl. die Diskussion bei Frank Umbach: Das nukleare Erbe der militärischen Supermacht UdSSR - Teil I, Brichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 38-1992, Köln 1992, S. 10f.

15.000 bis 20.000 Megatonnen. Es setzte sich aus 10.000 - 12.000 strategischen Sprengköpfen, 16.000 - 17.000 taktischen Waffen und möglicherweise 5.000 bis 6.000 eingemotteten Sprengköpfen zusammen.[22] (Siehe Tabelle IIIa und IIIb)

TABELLE II: Anzahl der weltweit vorhandenen Gefechtsköpfe der USA

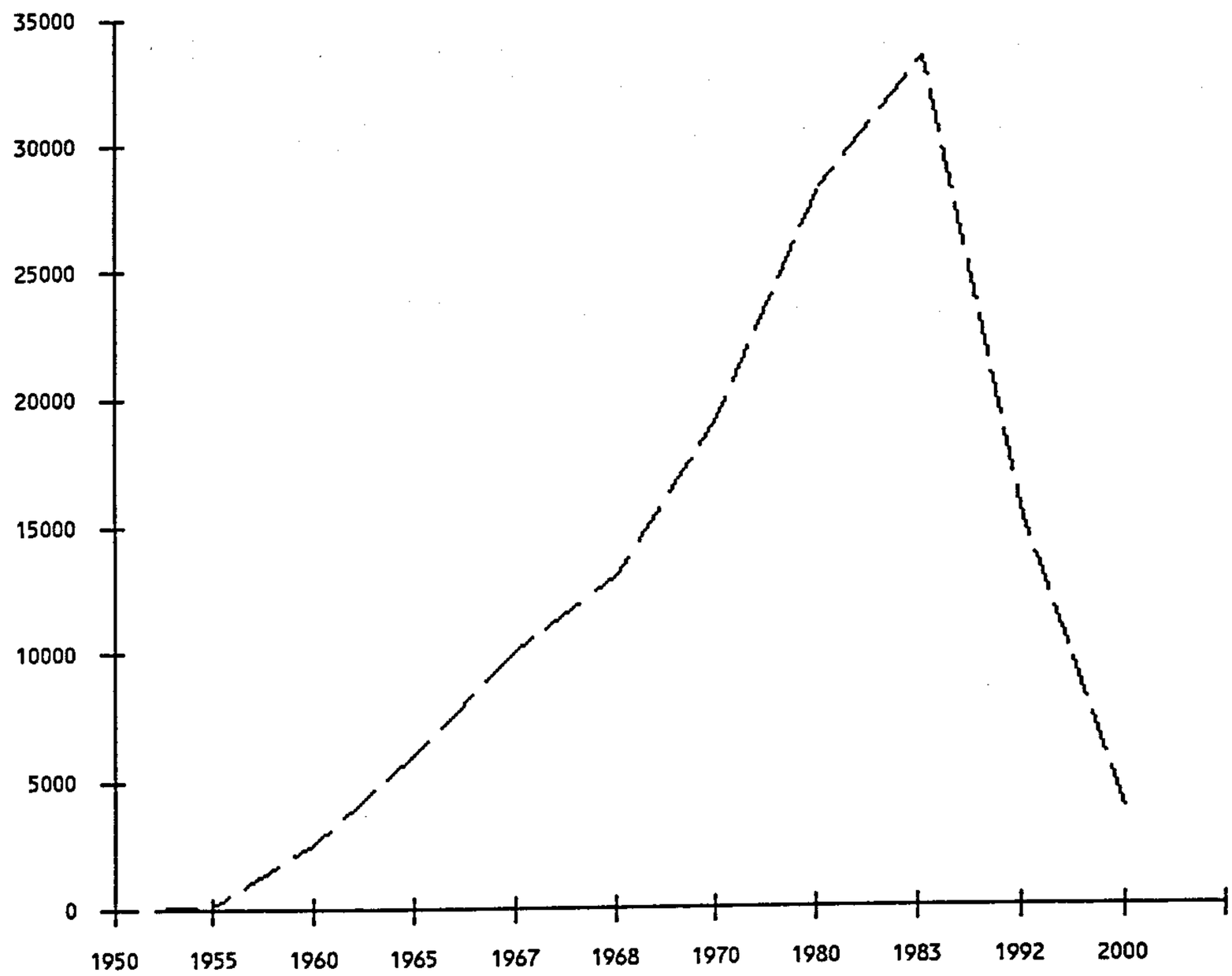


Quellen: Thomas B. Cochran, William M. Arkin, Robert S. Norris, Jeffrey I. Sands, Nuclear Weapons Databook, Vol. I, S. 65; Nuclear Notebook, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Sep. 1992, S. 48f.

---

22 Thomas B. Cochran, William M. Arkin, Robert S. Norris, Jeffrey I. Sands: Nuclear Weapons Data Book, Vol. IV: Soviet Nuclear Weapons, New York (Ballinger) 1989, S. 28ff.

TABELLE IIIa: Anzahl der weltweit vorhandenen Gefechtsköpfe der UdSSR/GUS



Quellen: Thomas B. Cochran, William M. Arkin, Robert S. Norris, Jeffrey I. Sands, Nuclear Weapons Databook, Vol. IV; Nuclear Stockpile, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Juli 91, S. 48; Juli/August 92, S. 49

TABELLE IIIb: Veränderung des nuklearen Arsenals der UdSSR bzw. GUS

	Juli 91	Juli 92	2000
ICBM	7.100	5.600	600-700
SLBM	4.000	2.700	1.750
Bomber	1.200	1.200	730
	12.300	**9.500**	**3.000**
SAM	2.700	1.350	-
ABM	100	100	?
taktische			
Raketen	2.800	-	-
Artillerie	2.000	-	-
Bomber	4.000	2.000	700 ?
Minen	?	-	-
	8.800	**2.000**	**700 ?**
Marine			
Bomber	1.200	600	-
Marschflugk.	600	500	-
ASW	1.300	750	-
Torpedo	~300		-
	3.400	**1.800**	**-**
	25.300	**14.950**	**3.700**

Quellen: Nuclear Notebook, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Juli/August 91, S. 48; Juli/August 92, S. 49

Taktische Nuklearwaffen

Auf amerikanischer Seite ist seit den späten siebziger Jahren ein Trend abnehmender Bedeutung von taktischen Nuklearwaffen zu beobachten. Hierin drückt sich zum einen das strukturelle amerikanische Interesse an einer Reduzierung des nuklearen Risikos aus, zum anderen schlägt sich eine zunehmende Desillusionierung über die militärische Nutzbarkeit nuklearer Waffen nieder.[23] Offensichtlich destabilisierende und militärisch fragwürdige Systeme wie nuklear bestückte Luftabwehrraketen oder Landminen waren in den siebziger und achtziger Jahren durch rein konventionelle Systeme ersetzt worden. Ende der achtziger Jahre tauschte die amerikanische Marine gleich drei nuklear einsetzbare taktische Waffensysteme durch rein konventionelle Nachfolger aus.[24]

Die Anzahl der in Europa stationierten amerikanischen Nuklearwaffen ist seit den frühen achtziger Jahren rückläufig (Vgl. Tabelle IV). Im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß waren Anfang der achtziger Jahre 1000 taktische Nuklearwaffen abgezogen worden. 1983 einigte sich die NATO in Montebello auf eine weitere Reduzierung, allerdings auch Modernisierung der verbleibenden Potentiale. Im Zusammenhang mit dem INF-Vertrag wurden auf westlicher Seite 867 Waffensysteme demontiert und die Sprengköpfe in die USA verbracht. Danach beharrten trotz der von Gorbatschow vorgelegten weitergehender Abrüstungsinitiativen wichtige NATO-Mitglieder, allen voran Großbritannien, auf der umfassenden Modernisierung des verbliebenen nuklearen Potentials. In der Planung waren die Einführung neuer Artilleriegranaten, eines leistungsfähigeren Nachfolgemodells für die taktische Lance-Rakete und moderne luftgestützte Abstandswaffen längerer Reichweite. Erst nachdem diese seit langem anachronistisch anmutende Aufrüstung durch den Zusammenbruch des Warschauer Vertrages schlicht gegenstandslos geworden war, konnten sich die Bundesrepublik und andere an Abrüstung interessierte Staaten durchsetzen. Im Frühjahr 1990 beschlossen die USA endgültig, auf die Modernisierung der in Europa stationierten nuklearen Artilleriemunition und Kurzstreckenraketen zu verzichten. Stattdessen sollten die älteren Systeme abgezogen werden, wenn sich die Sowjetunion diesem Schritt anschloß. Da mit dem sich zu diesem Zeitpunkt abzeichnenden Rückzug der Roten Armee auch die sowjetischen Kernwaffen aus den osteuropäischen Staaten verschwinden würden, galt diese Problematik als gelöst.

---

23 Über die fehlgeschlagenen Versuche der Armee, militärisch sinnvolle Einsatzoptionen für ihre nuklearen Waffen zu entwickeln, berichtet John J. Midgley: Deadly Illusions. Army Policy for the Nuclear Battlefield, Boulder, Col./London 1986. Siehe auch: Leon V. Sigal: The Case for Eliminating Battlefield Nuclear Weapons, in: Arms Control Today, 19 (September 1989) 7, S. 15-20. Zur zunehmenden Desillusionierung der Marineführung über die Möglichkeiten nuklearer Kriegführung zur See siehe Cathleen S. Fisher: Limiting Nuclear Weapons at Sea, in: Barry M. Blechman/William J. Durch/W. Phillip Allis/Cathleen S. Fisher/Mary C. Fitzgerald: The U.S. Stake in Naval Arms Control, Henry L. Stimson Center, Washington, Oktober 1990, S. 353-392; Richard Fieldhouse: Naval Nuclear Arms Control, in. ders. (Hg.): Security at Sea. Naval Forces in Arms Control, SIPRI, Oxford (Oxford University Press for SIPRI) 1990, S. 158-186.

24 Dabei handelte es sich um die ASROC und SUBROC Raketen zur Bekämpfung von U-Booten und die Terrier-Luftabwehrrakete. Mit der Demontage dieser Systeme wurden über 1000 nukleare Sprengköpfe abgezogen. Möglich wurde der Austausch durch erhebliche Steigerungen der Zielgenauigkeit konventioneller Waffen.

TABELLE IV: Amerikanische Nuklearwaffen in Europa

1975	7.000	
1985	6.000	a
1991	3.500	b
Sep. 1992	975	c
2000	700 ?	

Quelle: William M. Arkin, Richard W. Fieldhouse, "Nuclear Battlefields", Der Atomwaffen-Report, Frankfurt am Main 1986, S. 134; Military Balance 1992, S. 222f.; Nuclear Notebook in. Bulletin of the Atomic Scientists, Sep. 92, S. 48f.

a: Im Zusammemhang mit dem INF Vertrag wurden 1.000 Gefechtsköpfe abgezogen.
b: Mit der Implementierung des INF Vertrages wurden 870 Gefechtsköpfe abgezogen.
Weiterhin wurden 1.626 veraltete Systeme (Nike, ADM, Honest John, Artillerie) verschrottet.
c: Abzug von 2.150 Artillerie und Lance sowie ca. 450 Bomber

Bushs Abrüstungsinitiative vom 27. September 1991, mit der er nach dem gescheiterten Putsch die Reformkräfte in Moskau unterstützen wollte, bestätigte noch einmal die von der NATO bereits ins Auge gefaßten Reduzierungen. Davon betroffen waren alle 1.300 in Europa stationierten Artilleriegranaten und alle 850 Sprengköpfe für die Lance-Rakete. Im Oktober beschlossen die NATO-Verteidigungsminister auf ihrer Sitzung in Taormina darüber hinaus, die luftgestützten taktischen Nuklearwaffen der USA in Europa um die Hälfte auf 700 Stück abzubauen. Damit haben die USA ihre in Europa stationierten Nuklearwaffen insgesamt um 80% von 3.550 auf 700 Gefechtsköpfe reduziert.[25] Weiterhin zogen die USA ihre ca. 150 in Süd-Korea stationierten taktischen Nukearwaffen ab.[26] Die in Guam bzw. in den USA selbst gelagerten Artilleriegranaten des MarinKorps wurden ebenfalls deaktiviert und auf die Demontage vorbereitet.

Darüber hinaus sah die Initiative Bushs den Abzug aller seegestützten taktischen Nuklearwaffen vor. Der längerfristige Trend zur Denuklearisierung der Marine wurde konsequent zu Ende geführt. Betroffen sind alle Nuklearwaffen auf Überwasserschiffen, einschließlich der modernen seegestützten Marschflugkörper (SLCM), taktische Nuklearwaffen auf Angriffs-U-Booten und die Bomben der Trägerflugzeuge und der landgestützten Marineflieger. Während die älteren Systeme, so alle 900 B57-Unterwasserbomben, verschrottet werden, wurden die moderneren in dauerhaften Depots eingelagert. Von diesen

25 Richard Fieldhouse (unter Mitarbeit von Robert S. Norris und William M. Arkin): Nuclear weapons development and unilateral reduction initiatives, in: SIPRI Yearbook 1992: World Armaments and Disarmament, Oxford (Oxford University Press for SIPRI) 1992, S. 65-84. Alan Riding: NATO to Cut Aircraft A-Bombs by 50%, in: New York Times (NYT), 18. Oktober 1991, S. A3.

26 James Sterngold: Seoul Says It Now Has No Nuclear Arms, in: NYT, 19. Dezember 1991, S. A3.

Maßnahmen sind 2.150 seegestützte taktische Nuklearwaffen betroffen.[27] Schätzungen zufolge werden die USA die 350 SLCMs und ca. 450 gegen Landziele einsetzbare Bomben in Depots einlagern, den Rest nach Amarillo/Texas zur Demontage überstellen.

Als Ergebnis dieser Maßnahmen werden alle taktischen Nuklearwaffen der USA (bis auf die 500 - 700 vorläufig noch in Europa stationierten Atombomben) beseitigt. Ca. 3.650 taktische Nuklearwaffen werden verschrottet, 1.500 Gefechtsköpfe eingemottet. Zwei Teilstreitkräfte - die Armee und das Marine-Korps - verlieren vollständig ihre nukleare Rolle.

Mit diesen Schritten geht eine Ära zu Ende. Die das amerikanische Militär und ihre Strategie charakterisierende umfassende Nuklearisierung wurde aufgebrochen. Die Einsatzstreitkräfte der USA, egal ob Marine, Marineinfanterie oder Armee, sind künftig nicht mehr mit Nuklearwaffen ausgerüstet; aus ihren Planungen wird die seit jeher unglaubwürdige Annahme weitgehend getilgt, im Notfall ließe sich ein Auftrag mit Hilfe nuklearer Waffen erfüllen.[28]

Mit ähnlichem Tempo verlief die Abrüstung der taktischen Nuklearwaffen auf Seiten der Sowjetunion. Im Zuge der Implementierung des INF-Vertrages verschrottete die Sowjetunion 2.700 Raketen, für die sie circa 1.800 nukleare Gefechtsköpfe bereitgehalten hatte. Auf Bushs Initiative reagierte Gorbatschow bereits nach acht Tagen am 6. Oktober 1991. Er kündigte an, alle nuklearen Artilleriegranaten, Sprengköpfe für taktische Raketen und nuklearen Minen zu verschrotten, die nuklearen Sprengköpfe von Luftabwehrraketen abzubauen, zur Hälfte zu demontieren und zur anderen Hälfte in zentralen Lagern zu deponieren sowie alle taktischen Nuklearwaffen von Schiffen, U-Booten und landgestützten Marineflugzeugen abzuziehen. Ein Drittel der maritimen Nuklearwaffen soll zerstört, zwei Drittel eingemottet werden.[29] Außerdem soll die Hälfte des Inventars an Nuklearbomben der taktischen Luftstreitkräfte zerstört, die andere Hälfte auf reziproker Basis mit den Vereinigten Staaten von den aktiven Einheiten der Frontfliegerkräfte entfernt und in zentralen Depots eingelagert werden. Die genaue Bedeutung dieser Maßnahmen ist nicht bekannt. Es ließe sich folgern, daß Rußland so lange 700 taktische Bomben bei den aktiven Verbänden beläßt, solange die NATO auf der Stationierung einer gleichen Anzahl in Europa besteht. Weitergehend schlug Gorbatschow vor, die taktischen Waffen der Marine und der Frontflieger nicht nur teilweise, sondern auf reziproker Basis insgesamt zu verschrotten. Von diesen Maßnahmen sind mindestens 15.000 Gefechtsköpfe betroffen. Mindestens 8.250 sollen verschrottet, mindestens 5.650 Sprengköpfe für taktische Waffen eingemottet werden.

---

27 Jack Mendelsohn: Bush Announces Unilateral Cuts in Tactical Weapons, Alerts, in: Arms Control Today, 21 (Oktober 1991) 8, S. 21, 24-26.

28 Weil die Nuklearwaffen zum Teil nur eingelagert wurden, ist nicht auszuschließen, daß die Militärplaner der Armee und Marine auch künftig einen Einsatz dieser Waffen in ihren taktischen Konzepten vorsehen werden. Dennoch dürften derartige Planungen zunehmend in den Hintergrund treten.

29 Serge Schmemann: Soviets Match U.S. on Nuclear Cuts and Go Further on Strategic Warheads, in: NYT, 6. Oktober 1991, S. A1.

Strategische Nuklearwaffen: Die START-Abkommen und unilaterale Reduzierungen

Der im Januar 1993 unterzeichnete START-II-Vertrag baut auf das START-IAbkommen vom Juli 1991 auf, ergänzt und erweitert dessen Bestimmungen jedoch zum Teil erheblich. Im Vorgriff auf die Implementierung der Abkommen haben die USA und die UdSSR bzw. Rußland bedeutsame unilaterale Reduzierungen und Umstrukturierungen ihrer Streitkräfte eingeleitet.

Der START-I-Vertrag strebte eine Reduzierung der strategischen Waffen auf 1.600 Trägersysteme, ballistische Raketen und schwere Bomber sowie 6.000 "zählbare" Gefechtsköpfe auf beiden Seiten an.[30] Da schwere Bomber aber nur mit einem Sprengkopf zählen (mit Marschflugkörpern bewaffnete mit 10 Gefechtsköpfen), tatsächlich aber wesentlich mehr Waffen transportieren können, hätte der Vertrag deutlich größere Arsenale erlaubt. Die real erreichte Reduzierung wäre entscheidend von der Ausrüstung der schweren Bomber abhängig gewesen. Schätzungen bei Vertragsschluß gingen davon aus, daß sich das amerikanische Arsenal lediglich um 2.000 Gefechtsköpfe auf 10.000, das sowjetische um 3.000 auf 8.000 Gefechtsköpfe verringert hätte.[31]

Weniger Manövriermasse gestand der Vertrag beiden Seiten bei der Bewaffnung mit Raketen zu. Die Nuklearsprengköpfe auf ICBMs und SLBMs sollten auf 4.900 reduziert werden; lediglich 1.100 hätten auf mobilen ICBMs disloziert werden dürfen. Die Anzahl der Gefechtsköpfe auf den von den USA als besonders bedrohlich empfundenen schweren ICBMs vom Typ SS-18 sollten um die Hälfte von 3.080 auf 1.540 abgerüstet werden. Allerdings erlaubten komplexe Regeln, drei Raketentypen mit weniger Gefechtsköpfen zu stationieren und zu zählen als sie getestet wurden (sogenanntes "Downloading").

Auch in anderer Hinsicht entsprach der Vertrag der Logik traditioneller Rüstungskontrolle. START erlaubte die von beiden Seiten betriebene bzw. geplante umfassende Modernisierung der strategischen Streitkräfte, hätte also die Dynamik qualitativer Aufrüstung kaum durchbrochen. Lediglich die SS-18 unterlag einem speziell auf sie zugeschnittenem Modernisierungsverbot.[32]

Bushs Initiative vom September 1991 ging über den konservativen und übervorsichtigen START-Ansatz deutlich hinaus. Die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten betraf erstens einen Modernisierungsverzicht, zweitens eine deutliche Reduzierung der Alarmbereitschaft der strategischen Waffen. Die Arbeiten an einer mobilen Stationierungsweise für die Midgetman Interkontinentalrakete (ICBM) mit einem Sprengkopf wurden ebenso beendet wie die an der MX-ICBM, die mit zehn Gefechtsköpfen die stärkste Waffe im amerikanischen Arsenal darstellt. Die Entwicklung eines luftgestützten nuklearen Abstands-

---

30. Vgl. hierzu: Lothar Rühl: Rüstungskontrolle nach der Ost-West-Konfrontation, in: Außenpolitik, 4/1992, S. 343-351.

31 Jürgen Wilzewski: Der START-Vertrag, in: Johannes Schwertfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hg.): Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg (Lit) 1991, S. 249-254.

32 Dunbar Lockwood: START: An Essential Step in a New Era, in: Arms Control Today, 21 (November 1991), 9.

flugkörpers (SRAM-II) wurde ebenfalls eingestellt. An der Entwicklung des B-2 Bombers und einer silogestützten Variante der Midgetman, sowie am SDI-Programm wollte Bush dagegen festhalten.

Für alle strategischen Bomber und für die 450 Minuteman-II ICBM, die unter dem START-I-Vertrag zur Demontage vorgesehen sind, wurde die Alarmbereitschaft beendet. Konkret werden die Atombomben der Flugzeuge in zentralen Depots eingelagert und die Bordcomputer der Raketen abgeschaltet. Im Vorgriff auf START wurden der Patrouillendienst der zehn noch mit der Poseidon-Rakete (SLBM) ausgerüsteten strategischen U-Boote beendet. Innerhalb nur einer Woche wurden so 2.600 Gefechtsköpfe deaktiviert. [33]

Weiterhin wurde die Sowjetunion aufgefordert, sich diesen unilateralen Schritten anzuschließen und sich an einer weiteren, vertraglich geregelten Abrüstung zu beteiligen. Konkret schlug Bush die Beseitigung aller ICBMs mit mehreren Gefechtsköpfen vor. Dies Segment der strategischen Rüstung ist zweifellos das gefährlichste und am wenigsten stabile, allerdings auch der einzige Bereich, in dem die Sowjetunion numerisch überlegen ist.

Weitere drastische Reduzierungen kündigte der amerikanische Präsident im Januar 1992 während seines Berichts zur Lage der Nation an. Die Produktion des B-2 Bombers soll auf 20 Flugzeuge begrenzt, einem beträchtlichen Teil der strategischen Bomber künftig konventionelle Aufgaben übertragen werden. Die MX- und Midgetman-Programme wurden beendet, die Produktion der 'Advanced Cruise Missile' gestoppt. 640 von geplanten 1.000 Stück dieses modernen Marschflugkörpers mit Stealth-Eigenschaften waren allerdings bereits gebaut worden. Außerdem strich er die weitere Herstellung der extrem zielgenauen und sprengkraftstarken W88 Gefechtsköpfe für die Trident-II-Raketen. Zu diesem Zeitpunkt waren erst 400 dieser Sprengköpfe fertiggestellt worden. Statt wie ursprünglich vorgesehen alle U-Boote der Ohio-Klasse mit der Trident-II auszustatten, werden die ersten acht Boote auf Dauer die Trident-I Rakete behalten und andere Trident-II anstatt mit dem W88 mit dem schwächeren W76 Sprengkopf ausgerüstet werden.[34] Außerdem entwarf Bush mit dem Vorschlag, die GUS solle im Gegenzug zur Reduzierung der amerikanischen seegestützten Streitkräfte einem wechselseitigen Verzicht auf landgestützte Raketen mit mehreren Sprengköpfen zustimmen, eine Agenda für weitere Verhandlungen.

Jelzin reagierte auf die amerikanische Initiative umgehend und positiv. Schon Anfang Oktober 1991 hatte der damalige sowjetische Präsident Gorbatschow versprochen, die strategischen Streitkräfte innerhalb von sieben Jahren auf 5.000 Sprengköpfe zu reduzieren. Rußland stellte sechs strategische U-Boote außer Dienst und beendete die Alarmbereitschaft von 503 ICBMs mit 1.094 Gefechtsköpfen. Die Entwicklung einer kleinen ICBM wurde

---

33 Richard Fieldhouse: Nuclear Weapon developments and unilateral reduction initiatives, in: SIPRI Yearbook 1992: World Armaments and Disarmament, Oxford (Oxford University Press for SIPRI) 1992, S. 65-84.

34 Bruce W. McDonald: The Emerging Consensus on Strategic Modernization, in: Arms Control Today, 21 (Juli/August 1991) 5, S. 11-15.

gestoppt und die mobile Stationierung der SS-24 ICBM eingestellt.[35] Jelzin erweiterte diese Perspektive mit der Forderung nach einer Reduzierung der strategischen Waffen beider Seiten auf 2.000 bis 2.500 Gefechtsköpfe. Er bestätigte, daß Rußland keine strategischen Bomber und Marschflugkörper mehr bauen und die Einsatzbereitschaft weiterer Raketen beenden werde.[36]

Zu diesem Zeitpunkt hatte die nukleare Abrüstung bereits beträchtliche Dimensionen angenommen. Im Gegensatz zu den früheren Erfahrungen mit der Rüstungskontrolle waren nicht nur die quantitativen Aspekte der nuklearen Arsenale betroffen. Gerade die Qualität der Waffenarsenale wurde erheblich zurückgenommen. Primär wurden die modernen und im traditionellen rüstungskontrollpolitischen Verständnis destabilisierenden Waffensysteme abgerüstet. Die Vereinigten Staaten und Rußland haben sämtliche in der Entwicklung befindliche taktischen und strategischen Waffenprogramme gestoppt. Zum erstenmal seit 1945 sind beide Staaten nicht dabei, einen neuen Sprengkopf oder ein neues Trägersystem zu entwickeln oder zu produzieren. (Vgl. hierzu Tabelle V der unilateralen Maßnahmen.)

TABELLE V: Unilaterale Maßnahmen

USA	UdSSR/GUS
Verzicht auf die MX-ICBM	Ende der Produktion der SS-24 ICBM
Verzicht auf die Midgetman ICBM	Stop der Entwicklung einer kleinen ICBM
Abbruch der Entwicklung des nuklearen SRAM-II Abstandsflugkörpers	Abbruch der Entwicklung einer nuklearen Angriffsrakete
Stop der Produktion des B-2 Bombers über die bereits produzierten 20 Flugzeuge hinaus	Einstellung der Produktion weiterer schwerer Bomber
Ende der Produktion der luftgestützten Marschflugkörper zweiter Generation (ACM) über die bereits gebauten 640 Stück hinaus	
Stop der Produktion des W-88 Sprengkopfes für die Trident-II U-Boot-Rakete	
Ende der ständigen Alarmbereitschaft strategischer Bomber	Ende der Alarmbereitschaft der strategischen Bomber
Ende der Alarmbereitschaft von 450 Minuteman-II	Ende der Alarmbereitschaft von 503 ICBMs mit 1.094 Gefechtsköpfen
Stop der Patrouillentätigkeit von 10 U-Booten mit mindestens 1.600 Gefechtsköpfen	Vorzeitige Außerdienststellung von 6 U-Booten mit 92 Raketen

35 Matthias Dembinski und Jürgen Wilzewski: Strategische und taktische Nuklearwaffen, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hg.): Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg (Lit) 1992, S. 259-268.

36 Siehe Fieldhouse: Nuclear Weapons developments, (Anm. 33).

Die dritte Runde strategischer Abrüstung wurde wiederum in Form einer vertraglichen Absprache getroffen. Während des Gipfeltreffens in Washington im Juni 1992 vereinbarten die USA und Rußland ein Rahmenabkommen für die weiteren Reduzierungen. Den Unterhändlern beider Seiten gelang es, diese politische Übereinkunft in Rekordzeit so weit zu präzisieren, daß die Präsidenten Bush und Jelzin am 3. Januar 1993 einen fertigen Vertrag unterschreiben konnten. START-II übernimmt wichtige Regeln und Kriterien seines Vorgängerabkommens, sieht aber eine deutliche Verringerung der Plafonds vor. Bis zum Jahre 2003 (bis zum Jahr 2000, wenn die USA Rußland bei der Abrüstung ökonomische Hilfestellung leisten) müssen beide Seiten ihre strategische Rüstung auf nur noch 3.000 - 3.500 Sprengköpfe reduzieren. Das entspricht ca. einem Drittel des Bestandes von Ende 1992. Die USA haben angekündigt, daß sie die maximal erlaubte Anzahl von Gefechtsköpfen ausschöpfen werden. Die Anzahl der russischen Gefechtsköpfe wird sich hingegen nach Abschluß der Reduzierungen am unteren Ende des erlaubten Plafonds orientieren.

Der Vertrag sieht die Beseitigung aller landgestützten Raketen mit mehr als einem Gefechtskopf vor. Dieser Bestimmung hat Rußland nur nach erheblichen Kontroversen zugestimmt, bedeutet sie doch die vollständige Beseitigung der Waffenkategorie, die das Rückgrat der sowjetischen Abschreckung darstellte. Im Gegenzug fanden sich die USA zu einer Reduzierung der seegestützten Gefechtsköpfe auf 1.700 bis 1.750 Stück bereit. Das entspricht einer Halbierung ihres bisherigen seegestützten Nuklearwaffenarsenals. Die luftgestützten Nuklearwaffen werden durch den Vertrag auf 750 bis 1.250 Gefechtsköpfe begrenzt. Zu dieser Kategorie zählen Bomben ebenso wie Marschflugkörper und Abstandswaffen. Durch eine neue Zählregel müssen alle dislozierten Gefechtsköpfe angerechnet werden. Das noch im START-I-Vertrag enthaltene Schlupfloch, das de facto die USA begünstigt hatte, wird geschlossen. In einem Memorandum zum Vertrag wird festgelegt, daß die mit Marschflugkörpern bewaffneten B-52 mit 12 bzw. 20, die B-2 mit 16 Sprengköpfen angerechnet werden, der Bewaffnung, die sie maximal tragen können.

Die Abrüstung soll in zwei Phasen erfolgen. In der ersten Phase sollen die Waffen bis auf 3.800 - 4.250 Sprengköpfe reduziert werden, von denen nicht mehr als 2.160 auf SLBMs, 1.200 auf ICBMs mit Mehrfachgefechtsköpfen und nur noch 650 auf schweren ICBMs disloziert sein dürfen. In der zweiten Phase soll dann die Zielvorgabe von 3.000 - 3.500 erreicht werden.

START-II übernimmt und modifiziert die in START-I vorgesehenen großzügigen "Downloading"- und Umwandlungsregeln. Landgestützte Raketen, die mit Mehrfachgefechtsköpfen getestet und ausgestattet waren, dürfen innerhalb bestimmter Grenzen zu Raketen mit einem Gefechtskopf umgebaut werden. Die Anzahl von Gefechtsköpfen auf seegestützten Raketen darf reduziert werden (beispielsweise wird die amerikanische Trident-Rakete, die bisher mit acht Sprengköpfen ausgerüstet war, künftig mit vier bestückt). Zusätzlich zum "Downloaden" der amerikanischen Minuteman-III ICBM und der russischen SS-N-18 SLBM erlaubt START-II, zwei Raketentypen um bis zu vier Gefechtsköpfe zu reduzieren.[37] Hiervon ausgenommen sind sämtliche schweren ICBMs (SS-18 und SS-24 auf

---

37 Im Fall der Minuteman und der SS-N-18 muß der Raketenbus, auf dem die Gefechtsköpfe montiert sind, gegen einen ausgetauscht werden, der nur Platz für einen Gefechtskopf enthält. Im Fall der

sowjetischer und MX auf amerikanischer Seite). Von den mit sechs Gefechtsköpfen ausgestatteten SS-19 dürfen 105 Raketen um fünf Gefechtsköpfe reduziert werden, so daß diese 105 Raketen weiterhin stationiert werden können. Die restlichen SS-19 müssen zerstört werden.

Sonderregeln gelten auch für die SS-18-Silos und die Behandlung der SS-18-Raketen. Im Regelfall werden die Bestimmungen des START-Abkommens durch die Zerstörung oder den Umbau der Startgeräte (Silos oder Start-Tuben der U-Boote) erreicht. Um die Kosten der Abrüstung zu begrenzen, wurde Rußland das Recht eingeräumt, 90 Silos der SS-18 umzubauen.[38] Sie werden künftig mit kleinen Raketen vom Typ SS-25 bestückt. Dafür hat sich Rußland verpflichtet, alle existierenden SS-18 samt der Startkanister zu vernichten.[39]

Umwandlungsregeln sind für strategische Bomber vorgesehen. Bis zu 100 dieser Flugzeuge dürfen aus der nuklearen Rolle herausgenommen und für konventionelle Einsätze umgerüstet werden. Sie müssen nicht mehr auf die START-Höchstgrenze für Bomber angerechnet werden. Umgebaute Bomber müssen äußerlich von den nuklear-verwendbaren Flugzeugen des gleichen Typs unterscheidbar sein und auf anderen Basen stationiert werden. Durch regelmäßige Inspektionen der Bomber selbst soll die Einhaltung dieser Regel überprüft werden.

Weitestgehende Verifikationsregeln beinhaltet bereits das START-I-Abkommen. Neben dem Verbot, die Überwachung des Abkommens durch sogenannte "nationale technische Mittel", im wesentlichen satellitengestützte optische und elektronische Aufklärung, zu beeinträchtigen, sieht der Vertrag zwölf Typen von Vor-Ort-Inspektionen vor. Unter anderem sind eine Ausgangsinspektion, Verdachtsinspektionen, Eliminierungsinspektionen und permanente Inspektionen der Produktionsstätten mobiler Raketen geplant. Revolutionär sind die in START-I vorgesehenen Inspektionen der Wiedereintrittskörper derjenigen Raketen, die durch "downloading" in der Anzahl ihrer Gefechtsköpfe reduziert wurden.[40]

START-II geht über diese Bestimmungen sogar noch hinaus. Beispielsweise räumt der Vertrag beiden Seiten das Recht ein, die Bewaffnung der strategischen Bomber durch Inspektionen der Flugzeuge selbst zu kontrollieren. Das Verifikationsregime spiegelt das große Vertrauen, das mittlerweile zwischen den Nuklearmächten erreicht ist.

---

anderen Raketen muß der Bus nur ausgetauscht werden, falls mehr als zwei Gefechtsköpfe reduziert werden. Die ausgetauschten Endstufen müssen zerstört werden.

38 Das freiwerdende Volumen der Silos muß durch Ausgießen mit Beton versiegelt werden, um eine spätere Bestückung der Silos mit schweren Raketen dauerhaft zu verhindern.

39 Um die Kosten der Abrüstung zu begrenzen, wurde Rußland die Wahl eingeräumt, SS-18-Raketen entweder durch Zerschneiden zu zerstören oder als Trägerrakete mit einer Nutzlast ins All zu schießen.

40 Zu START-I und dem Verifikationsregime siehe: Verification Technologies: Measures for Monitoring Compliance with the START Treaty, Office of Technology Assessment, U.S. Congress, Washington Dezember 1990.

TABELLE VI: START auf einen Blick [41]

	START-I	START-II erste Phase	START-II zweite Phase
Sprengköpfe insgesamt	6000 zählbare	3800-4250	3000-3500
Davon auf ballistischen Raketen	4900	keine Bestimmungen	
auf MIRVed ICBM	N/A	1200	0
auf schweren ICBM	1540	650	0
auf mobilen ICBM	1100	START-I Regel gilt	
auf SLBM	N/A	2160	1700-1750
Startgeräte insg.	1600	START-I-Regel gilt	

Das amerikanische Arsenal wird sich nach Abschluß der Abrüstung wahrscheinlich zusammensetzen aus 500 Minuteman-III ICBM mit je einem Gefechtskopf, 1.728 seegestützten Gefechtsköpfen (8 U-Boote mit je 24 Raketen Trident-I Raketen, 10 U-Boote mit Trident-II Raketen, deren Bewaffnung auf je vier Gefechtsköpfe reduziert wurde) und 1.272 Bomben und Marschflugkörper, stationiert auf den 20 B-2 und 50 bis 80 B-52 Bombern. Die noch existierenden 98 B-1 Bomber werden für einen konventionellen Einsatz umgerüstet.

Die russischen Nuklearstreitkräfte werden wahrscheinlich 400 - 600 mobile SS-25 ICBMs, 90 in umgebauten SS-18-Silos stationierte SS-25 und 105 SS-19 mit einem Sprengkopf umfassen. Hinzu kommen werden 25 modernere U-Boote (Delta-III, Delta-IV und Typhoon) mit zusammen 1.700 seegestützten Gefechtsköpfen und 63 schwere Bomber mit 750 Bomben und Marschflugkörpern.[42]

Verglichen mit dem bestehenden Potential, vor allem aber mit den geplanten Modernisierungen stellt diese Streitkräftestruktur eine einschneidende quantitative Abrüstung und qualitative Einhegung dar. (Vgl. Tabelle VII)

---

41 Vgl. START TWO TREATY, White House Fact Sheet, in: USPIT No. 001, 5. Januar 1993, S. 23-26.

42 Vgl.: Report of the Secretary of Defense to the President and the Congress, Washington (GPO) 1992, S. 60. Siehe auch: Dunbar Lockwood: Strategic Nuclear Forces Under START II, in: Arms Control Today, 22 (Dezember 1992) 10, S. 10-14. Da Rußland den Bau von strategischen Bombern eingestellt hat, wird letztlich die Anzahl der ihnen zur Verfügung stehenden Bomber davon abhängen, wieviel Flugzeuge von den anderen Republiken intakt übergeben werden.

TABELLE VII: Entwicklung der strategischen Streitkräfte

System		Mitte der 80iger Anzahl	Mitte der 80iger Gefechtsköpfe	Jahr 2000 Anzahl	Jahr 2000 Gefechtsköpfe
Minuteman - II	ICBM	450	450	-	-
Minuteman - III	ICBM	550	1.650	500	500
Poseidon	SLBM	256	3.584	-	-
Trident - I	SLBM	384	3.072	192	768
Trident - II	SLBM	-	-	240	960
B 1	Bomber	99	1.188	93	952
B 2	Bomber	-	-	20	320
B 52	Bomber	105	1.260	-	-
B 52	ALCM	158	3.160	-	-
			14.364		**3.500**

UdSSR/GUS:

System		Mitte der 80iger Anzahl	Mitte der 80iger Gefechtsköpfe	Jahr 2000 Anzahl	Jahr 2000 Gefechtsköpfe
SS - 11	ICBM	420	420	-	-
SS - 13	ICBM	60	60	-	-
SS - 17	ICBM	138	552	-	-
SS - 18	ICBM	308	3.080	-	-
SS - 19	ICBM	350	2.100	105	105
SS - 24	ICBM	10	100	-	-
SS - 25	ICBM	100	100	500	500
SS-N - 6	SLBM	256	256	-	-
SS-N - 8	SLBM	286	286	-	-
SS-N - 17	SLBM	12	12	-	-
SS-N - 18	SLBM	224	1.568	192	576
SS-N - 20	SLBM	100	900	120	720
SS-N - 23	SLBM	64	640	112	448
Bear	Bomber	170	1.600	63	738
			11.674		**3.087**

Quelle: Dunbar Lockwood, Strategic NUclear Forces Under START II, in: Arms Control Today 22, 10, Dez 92, S. 10

Der START-II-Vertrag unterscheidet sich deutlich von der strategischen Rüstungskontrolle während des Ost-West-Konflikts. Bis Ende der achtziger Jahre wurde Rüstungskontrolle entweder instrumentell eingesetzt, fungierte als Fortsetzung einer konfrontativ orientierten Sicherheitspolitik, oder blieb symbolisch, d.h. gegenüber relevanten Aufrüstungsprozessen weitgehend wirkungslos.

Dagegen stellen sowohl START-II als auch die einseitigen Maßnahmen Instrumente einer kooperativen Bearbeitung bzw. Beseitigung der von den nuklearen Altlasten ausgehenden wechselseitigen Gefährdungen dar. START-II wird die Gefahr einer nuklearen Konfrontation in vorbildlicher Weise verringern.

Nicht eindeutig positiv zu bewerten ist demgegenüber der Beitrag, den START und die einseitigen Initiativen zur Verringerung der neuen Gefährdungen leisten, die mit dem Auseinanderfallen der UdSSR entstanden sind. Sicherlich bildeten die Abrüstungsmaßnahmen eine wichtige Voraussetzung für die erklärte Bereitschaft der Republiken zur Denuklearisierung. Wichtig sind auch der in START vorgesehene Datenaustausch und die Verifikationsbestimmungen, gerade im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Kontrolle über den Nuklearwaffenkomplex.

Auf der anderen Seite wird auch START-II der Qualität der neuen Herausforderung nicht vollends gerecht. Problematisch ist zum einen die lange Laufzeit, zum anderen die hohe Bedeutung, die indirekt immer noch dem traditionellen Parameter Startgeräte als Bezugseinheit eingeräumt wird. Das Problem der langen Laufzeiten wurde durch die einseitig angekündigten Reduzierungen der Alarmbereitschaften abgemindert. Wünschenswert wären darüber hinaus wechselseitige Erklärungen, die Gefechtsköpfe von den zur Vernichtung vorgesehenen Systemen abzuziehen und in sicheren Depots einzulagern. Bedeutsamer ist das zweite Versäumnis. Auch START-II enthält an keiner Stelle eine Verpflichtung, die Gefechtsköpfe der abzubauenden Systeme zu demontieren. Theoretisch sind beide Seiten frei, die Gefechtsköpfe beliebig lange zu lagern, zu modifizieren oder sogar auf anderen, futuristischen Trägersystemen zu dislozieren. Lediglich die Vereinbarungen Rußlands mit den anderen drei Republiken sehen eine Demontage auch der Sprengköpfe vor. Eine verbindlichere und auch für andere Staaten nachprüfbare Verpflichtung zur Demontage der Sprengköpfe sollten Rußland und die USA zusätzlich vereinbaren. Denkbar wäre die Beteiligung der Internationalen Atomenergie-Organisation an der Überprüfung der Abrüstung.

Begleitende Maßnahmen

Ebenso wichtig wie die Verringerung der Potentiale selbst waren begleitende Maßnahmen der Abrüstung. Hierzu zählen Initiativen zur Vertrauensbildung und Zusammenarbeit ebenso wie andere Begrenzungen der Rüstungsdynamik.

Der Zusammenarbeit dient beispielsweise der beim NATO-Hauptquartier in Brüssel angesiedelte Konsultativrat, der es den sich früher feindlich gegenüberstehenden Staaten ermöglichen soll, europäische Sicherheitsstrukturen in Kooperation aufzubauen. Im amerikanisch-russischen Verhältnis wurden Liaisonstellen bei den Hauptquartieren der

strategischen Streitkräfte eingerichtet, die Kommunikationseinrichtungen verbessert und im Juni 1992 eine hochrangige Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die eine mögliche Kooperation im Bereich von Frühwarnung und Abwehr von ballistischen Raketen diskutieren soll. Auf diesem Forum, so die Vorstellung der Bush-Administration, sollte der russische Widerstand gegen die Errichtung eines Raketenabwehrsystems ausgeräumt und Möglichkeiten der sowjetischen Partizipation diskutiert werden.

Der Vertrauensbildung und der Erhöhung der Sicherheit diente die Ausdünnung der nuklearen Einsatzpläne und die Straffung der Befehlsstrukturen im strategischen Bereich. Bezeichnend ist die Auflösung des 'Strategic Air Command', eines Symbols des Kalten Krieges, und die Konsolidierung aller verbleibender Nuklearwaffen unter einem Oberbefehl, dem 'Strategic Command'. Ebenso hat Rußland alle Nuklearwaffen einem Oberkommando, den 'Strategischen Nuklearstreitkräften' unterstellt.

Symbolisch bedeutsamer und in der Substanz weitergehender waren die abrüstungsbegleitenden Maßnahmen.

Am 13. Juli 1992 verkündete Bush offiziell, was bereits seit längerem Praxis war: die USA beendeten die Produktion von Plutonium und hochangereichertem Uran für militärische Zwecke.[43] Die UdSSR hatte bereits früher einen Stopp der Produktion von bombenfähigem Spaltmaterial angeregt. Die Produktion von hochangereichertem Uran (HEU) in vormals vier Anlagen wurde 1989 eingestellt. Die Produktion von Plutonium für militärische Zwecke wurde deutlich reduziert. Der letzte der Plutonium produzierenden Dual-use-Reaktoren soll im Jahre 2000 abgeschaltet werden.[44] Dieser Schritt ist angesichts der überreichen Vorräte an bombenfähigem Spaltmaterial zwar zunächst symbolisch, als Geste aber durchaus bedeutsam.

In der Substanz wichtiger ist das von beiden Seiten gegen erhebliche Widerstände durchgesetzte Testmoratorium. Der damalige Präsident Gorbatschow ergriff hier mit der Erklärung vom Oktober 1991, die sowjetischen Tests für ein Jahr auszusetzen, die Initiative. Bush wollte im Gegenzug ursprünglich nur eine Begrenzung der Tests auf sechs pro Jahr zugestehen - ein Schritt, der die ohnehin bestehende amerikanische Planung lediglich verbindlicher festgelegt hätte.[45] Durch den Wahlkampf in seinen Handlungsmöglichkeiten eingeengt, akzeptierte er im Herbst 1992 eine wesentlich weitergehende Vorlage des

---

43 Der letzte der 15 Reaktoren zur Plutonium- und Tritium-Produktion in dem Hanford- und dem Savannah-Reservat wurde 1988 aufgrund der zu hohen Sicherheitsrisiken abgeschaltet, die Produktion von HEU für militärische Zwecke bereits 1964 beendet. Planungen des Energieministerium, einen Reaktor zur Produktion von Tritium wieder in Gang zu setzen oder einen neuen zu errichten, sind mit dem Regierungswechsel unwahrscheinlich geworden.

44 Die Sowjetunion hatte in Cheljabinsk (5 Reaktoren), Tomsk (5 Reaktoren) und Krasnojarsk (3 Reaktoren) Plutonium und Tritium für militärische Zwecke in leichtwassergekühlten und graphitmoderierten Dual-use (also zum Teil auch zur Energiegewinnung genutzten) Reaktoren erzeugt. Die Reaktoren in Tomsk und Cheljabinsk sowie zwei der drei Reaktoren in Krasnojarsk sind bzw. werden 1993 geschlossen. Vgl.: Cochran, Norris: Russia/Soviet Nuclear Warhead Production (Anm. 20), S. 19.

45 Vgl.: Arms Control Today, 22 (Juli/August 1992) 6, S. 26.

Kongresses. Danach verzichten die USA bis zum 1. Juli 1993 auf jeden Test. Nach dem 30.9.1996 werden Nukleartests endgültig eingestellt, es sei denn, ein anderes Land führt nach diesem Zeitpunkt einen Nuklearwaffentest durch. In der Zwischenzeit sind lediglich 15 Tests erlaubt, die ausschließlich der Erhöhung der Sicherheit und Zuverlässigkeit dienen dürfen. Die Administration wurde aufgefordert, die Zeit bis 1996 zu nutzen, um einen umfassenden Teststoppvertrag auszuhandeln.[46] Daraufhin verlängerte Präsident Jelzin das russische Testmoratorium zunächst um ein weiteres Jahr.[47] Ob selbst die erlaubten fünfzehn Tests von der Clinton-Administration durchgeführt werden, erscheint unsicher.

2.1.3. Implementierung der Abrüstung, Probleme und Versäumnisse

Der Abtransport der taktischen Nuklearwaffen nach Rußland wurde trotz ukrainischer Verzögerungstaktik bereits im Mai 1992 abgeschlossen. Dort wurden die Waffen in zentralen Depots eingelagert und für die Verschrottung vorbereitet. Die Demontage ist offenbar bereits angelaufen. Sie wird in Einrichungen in Swerdlowsk-44 und Swerdlowsk-45, den beiden hauptsächlichen Anlagen für die Sprengkopfmontage, und möglicherweise in Penza und Arzamas in der Nischnij Nowgorod-Region erfolgen.[48]

Die USA hatten bis zum 18. Oktober 1991 alle Nuklearwaffen aus Süd-Korea abgezogen. Am 2. Juli 1992 verkündete Bush, daß alle nuklearen Kurzstreckenwaffen aus Europa sowie die sub-strategischen Waffen von den amerikanischen Schiffen abgezogen seien.

Weniger positiv verlief die Entwicklung im strategischen Bereich. Es ist nicht bekannt, ob etwa die Waffen der strategischen Bomber bereits nach Rußland verbracht worden sind und die Demontage begonnen hat.[49] Gravierender ist, daß die Implementierung der eingegangenen Verpflichtungen zur Abrüstung der GUS-Republiken politisch nicht gesichert ist. Das Parlament der russischen Föderation hat den Austausch der START-I-Ratifikationsurkunden von zwei Bedingungen abhängig gemacht:

- dem Beitritt der Ukraine, Kasachstans und Weißrußlands zum NPT,

---

46 Dunbar Lockwood: U.S. Begins Test Moratorium; Ban on U.S. Tests Set for 1996, in: Arms Control Today, 22 (Oktober 1992) 8, S. 32, 40.

47 Fred Hiatt: Russia's Nuclear Test Ban To Be Extended to Mid-'93, in: International Herald Tribune (IHT), 14. Oktober 1992, S.1.

48 Vgl.: Cochran/Norris: Russian/Soviet Nuclear Warhead Production (Anm. 20), S. 9; Victor Slipchenko (Anm. 19), S. 2. Siehe auch Programme for Promoting Nuclear Non-Proliferation (PPNN), Newsbrief No. 19 (Herbst 1992), S. 9f. Ashton Carter und Owen Coté: Transport, Storage, and Dismantlement of Nuclear Weapons, in: Graham Allison, Ashton B. Carter, Steven E. Miller, Philip Zelikow: Cooperative Denuclearization. From Pledges to Deeds, CSIA Studies in International Security No.2, Cambridge (Harvard University) 1993, S. 87-106, insb. S. 94.

49 Offenbar gehen amerikanische Beobachter davon aus, daß die meisten schweren Bomber, die außerhalb Rußlands stationiert sind, nur sehr bedingt einsatzfähig sind, sei es weil Ersatzteile fehlen oder weil die Piloten und Bedienungsmannschaften abgewandert sind.

- dem Abschluß von Verträgen zwischen Rußland und diesen Republiken über einen Zeitplan und andere Modalitäten der Implementierung der Lissaboner Protokolle.

Bis Ende Februar 1993 hatte nur Kasachstan das Lissaboner Protokoll ratifiziert; Weißrußland wird in Kürze folgen. Das Land hat sich mit Moskau auf einen Zeitplan über die Überstellung der 81 SS-25 Raketen geeinigt. Bis Ende 1994 ist die vollständige De-Nuklearisierung der Republik vorgesehen.

Widersprüchlich ist dagegen die Position der Ukraine. Das Land hat sich zwar wiederholt zur Nuklearwaffenfreiheit bekannt, so zum Beispiel in seiner Unabhängigkeitserklärung vom 16. Juli 1991. Das ukrainische Parlament hat sogar ein entsprechendes Gesetz verabschiedet und darin als Termin für das Erreichen der Nuklearwaffenfreiheit das Jahr 1995 festgesetzt. Das Parlament hat aber bisher das Lissaboner Protokoll nicht ratifiziert, und die Regierung in Kiew hat neue Bedingungen für die Aufgabe der Nuklearwaffen nachgeschoben. Ihre letzten Forderungen bezogen sich auf Sicherheitsgarantien und finanzielle Gegenleistungen. Ob die Einwendungen gegen die De-Nuklearisierung taktischer Natur, also überwindbar, oder prinzipieller Natur sind, ist nicht mit Sicherheit entscheidbar.

Mit der Frage der politischen Zuständigkeit stehen zwei weitere Probleme in Zusammenhang: wer besitzt und wer kontrolliert die Waffen. Rußland geht davon aus, daß sämtliche strategischen Waffen ihm gehören. Diese Auffassung wird offenbar von Weißrußland und Kasachstan geteilt, nicht jedoch von der Ukraine. Die Regierung in Kiew betrachtet die Waffen und alle ihre Komponenten auf ihrem Territorium als ihren Besitz, für die ihr, werden die Waffen nach Rußland überstellt, Kompensationen zustehen.

Die außerhalb Rußlands stationierten Nuklearwaffen unterstehen nach Auffassung Moskaus und des Oberbefehlshabers der GUS-Streitkräfte, Marschall Schaposchnikow, der doppelten Kontrolle Rußlands und der GUS. Bewachung und Unterhalt dieser Waffen unterliegt dieser Interpretation zufolge russischen Truppen und Truppen der jeweiligen Republik, wobei die operative Kontrolle von russischen Einheiten durchzuführen sei. Auch diese Auffassung wird von Weißrußland und Kasachstan akzeptiert. Hingegen hat die ukrainische Regierung zwar eine operative Kontrolle durch Kiew abgelehnt, gleichzeitig aber verkündet, daß sie fähig sei, einen eventuellen Einsatz der Waffen durch administrative Maßnahmen zu verhindern.

1992 sollten alle in der Ukraine stationierten Truppen, einschließlich der Wach- und Bedienungsmannschaften der Interkontinentalraketen, einen Eid auf die Ukraine ablegen.[50] Die Loyalität dieser Truppen steht in Frage. Verschiedenen Berichten zufolge versuchen ukrainische Offiziere sogar, die Einsatzcodes der Raketen zu manipulieren.[51] Auch wenn diese Information nicht zutrifft oder entsprechende Versuche nicht gelingen, ist die operative Kontrolle der Waffen durch Rußland zweifelhaft geworden.

---

50 Offensichtlich haben einige der russischen Einheiten den Eid verweigert und sind abgewandert. Dies soll für einen Großteil der in Priluk stationierten Piloten der Blackjack-Bomber gelten.

51 Angeblich soll bei Charkow ein geheimes Forschungslabor bestehen, das sich mit der Analyse und Manipulation der Einsatzcodes befasst. Vgl.: William Potter, in: NYT, 10.11.1992.

Selbst wenn die Abkommen ratifiziert werden, bleibt die Erfüllung der vorgesehenen Abrüstungsschritte eine gewaltige Aufgabe, deren Erfolg keinesfalls gesichert ist. Bis zum Jahr 2003 werden durch die Abrüstung auf russischer Seite möglicherweise über 22.000, auf amerikanischer ca. 12.000 Gefechtsköpfe außer Dienst gestellt.[52] Angesichts dieser Größenverhältnisse ist es zweitrangig, ob es in den nächsten Jahren zu weiteren Abrüstungsabkommen kommt. Entscheidend ist die Implementierung der abgeschlossenen Verträge, das heißt die vollständige Erfassung der Bestände, ihre sichere Lagerung und schließlich eine möglichst umfassende Demontage. Die Versäumnisse der bisherigen Abrüstung liegen exakt hier.

Die sichere Entsorgung der Atomwaffenkomplexe beider Seiten beinhaltet zumindest fünf Schritte: eine genaue Erfassung der Bestände, den sicheren Transport, die zwischenzeitliche Lagerung, die Demontage der Sprengköpfe und schließlich die dauerhafte Beseitigung des spaltbaren Materials.[53]

Eine Bestandsaufnahme wurde nur für die strategischen Waffen vorgenommen. Weil dem Abbau der taktischen Nuklearwaffen, der größten Kategorie der zu beseitigenden Waffen, keine vertraglichen Abmachungen zugrundeliegen, ist der Prozeß der Abrüstung in diesem Bereich von der anderen Seite und damit auch für Dritte nicht oder kaum einsehbar und überprüfbar. Es ist nicht nachvollziehbar, ob alle Waffen erfaßt sind, und folglich wo und wie die Waffen gelagert werden, wie weit die Demontage fortgeschritten ist und was mit dem spaltbaren Material geschehen wird.

Auf amerikanischer Seite ist relativ viel öffentlich bekannt über Umfang des Potentials und darüber, wieviel Waffen eingemottet und demontiert werden. Die abgezogenen taktischen Waffen werden zunächst in Depots gelagert und sobald Kapazitäten frei sind, zur Demontage zu der Pantex-Fabrik in Amarillo/Texas gebracht, in der früher die Endmontage von Nuklearwaffen stattfand. Die Kapazität der Anlage soll auf die Demontage von 2.000 Gefechtsköpfen pro Jahr erhöht werden (gegenwärtig liegt sie bei 1.500 Gefechtsköpfen pro Jahr bei einer Arbeitsschicht pro Tag). In der Pantex-Anlage können die konventionellen Explosivstoffe und die Zündvorrichtungen etc. von den Plutonium- bzw. Urankernen getrennt werden.[54] Die Zerlegung und Weiterverarbeitung des spaltbaren Materials wurde früher in der Rocky Flats-Anlage vorgenommen, wo allerdings 1989 aus Sicherheitsgründen die Bearbeitung von Plutonium eingestellt wurde.

Auf russischer Seite gibt es keine Gewißheit über den Umfang des nuklearen Arsenals. Über die physische Sicherheit der Transporte und der Zwischenlager sowie die Verläßlichkeit der Bewachungsmannschaften liegen ebenfalls keine konkreten und nachprüfbaren

---

52 Durch den Abrüstungsprozeß werden auf russischer Seite ca. 500 bis 700 Tonnen (metric tons) HEU (andere Quellen sprechen sogar von bis zu 1000 t) und bis zu 150 t PU frei. Vgl.: PPNN Newsbrief No. 19 (Herbst 1992), S. 9; siehe auch Cochran, Norris:Russian/Soviet Nuclear Warhead Production (Anm. 20), S. 18.

53 Spurgeon Keeny und Wolfgang Panofsky: Controlling Nuclear Warheads and Materials: Steps Toward a Comprehensive Regime, in: Arms Control Today, 22 (Januar/Februar 1992) 1, S. 3-9.

54 Pantex Lays Nukes To Rest, in: The Bulletin of the Atomic Scientists, 48 (Oktober 1992) 8, S. 48f.

Angaben vor. Immerhin sind Spezialwaggons und Container für den Transport der nuklearen Gefechtsköpfe in offenbar ausreichender Menge von westlichen Staaten geliefert worden.

Die Demontage soll in den oben erwähnten Anlagen erfolgen. Über deren Kapazität gibt es sehr unterschiedliche Aussagen. Sie reichen von einer Demontageleistung von 1.000 Gefechtsköpfen pro Jahr, über 1.500 bis zu 8.000 Gefechtsköpfe pro Jahr.[55] Allerdings muß der letzten Zahl mit Vorsicht begegnet werden. Sollten die ersten Angaben zutreffen, müßte die Kapazität dramatisch gesteigert werden, um die Demontage der schon heute außer Dienst gestellten Gefechtsköpfe vor dem Jahr 2003 abzuschließen.

Ein zentrales Depot mit vergleichsweise befriedigenden Sicherheitskriterien für die Lagerung der nuklearen Komponenten wird gegenwärtig mit amerikanischer Finanzierung in Tomsk-7 errichtet. Das Lager wird 40.000 nukleare Komponenten, etwa ein Drittel der mit der Abrüstung freiwerdenden Komponenten, aufnehmen können.[56] Auch für die Entsorgung des hochangereicherten Urans bietet sich eine Lösung an. Die USA haben mit Rußland einen Vertrag über den Kauf von mindestens 500 Tonnen HEU geschlossen. Das Material soll noch in Rußland zu niedriger angereichertem Uran verdünnt und in den USA zu Brennelementen verarbeitet werden.[57] Keine Lösung zeichnet sich dagegen bisher für das mit der Abrüstung freiwerdende Plutonium ab.[58]

2.2. Die Zukunft der nuklearen Abrüstung

2.2.1. Die Diskussion in den Vereinigten Staaten

Die bisherigen Abrüstungsmaßnahmen werden praktisch vom gesamten politischen Spektrum in den USA mitgetragen. Kritik an Bushs Politik wurde nur vom extremen rechten Rand des politischen Spektrums geäußert.[59] Aus dieser Zustimmung läßt sich

---

55 Wahrscheinlicher ist die Größenordnung von 1.000-1.500 pro Jahr. Vgl.: Cochran, Norris: Russian/Soviet Nuclear Warhead Production (Anm. 20) S. 16f. Die Zahl von 8.000 Gefechtsköpfen pro Jahr wird von Nikepelov, stellvertretender Minister für Verteidigungsproduktion, genannt. Vgl.: Report on the Fourth International Workshop on Nuclear Warhead Elimination and Nonproliferation, Washington D.C. Feb. 26-27, 1992, Natural Resources Defense Council, Washington 1992, S. 8f.

56 Nuclear Fuel, 18. Januar 1993, S. 7f.

57 Nuclear Fuel, 1. März 1993, S. 2f.

58 Vgl. hierzu Lawrence Scheinman und David A.V. Fischer: Managing the Coming Glut Of Nuclear Weapon Materials, in: Arms Control Today, 22 (März 1992) 2, S. 7-12.

59 Bei der Ratifizierung des START-Vertrages stimmten nur sechs Senatoren (Craig (R-ID), Helms (R-NC), Hollings (D-SC), Robert Smith (R-NH), Symms (R-ID), Wallop (R-WY)) mit Nein. Diese sechs haben noch keinem Rüstungskontrollvertrag zugestimmt, ihre Ablehnung ist prinzipieller Natur und nicht durch die Spezifik des Vertrages motiviert. Vgl. Congressional Quarterly Weekly Report, 50 (3. Oktober 1992) 39, S. 3069.

jedoch kein Konsens über weitere Abrüstungsschritte ableiten. Die vergleichsweise lebhafte amerikanische Debatte über die Fortsetzung der nuklearen Abrüstung wird sowohl von Vorstellungen über die künftige außenpolitische Rolle der USA, von Bedrohungsperzeptionen und von den bekannten Auseinandersetzungen über die Qualität nuklearer Abschreckung bestimmt. Es lassen sich grob zwei Positionen unterscheiden.

Hegemoniale Internationalisten sehen einerseits alte und neue Bedrohungen, sind andererseits davon überzeugt, daß globale Stabilität auch nach Ende des Ost-West-Konflikts amerikanischer Steuerung und Führung bedarf. Zur Gefahr eines Wiederauflebens der alten Bedrohung im Gewande eines nationalistischen oder national-kommunistischen russischen Chauvinismus gesellen sich regionale Instabilitäten und neue Herausforderungen durch regionale Führungsmächte.[60] Um die russischen Nuklearwaffen auszubalancieren und Verbündete in spannungsreichen Regionen durch Sicherheitsgarantien von nuklearen Alleingängen abzuhalten, sollten die USA in dieser Sicht am traditionellen Konzept erweiterter Abschreckung festhalten.[61]

Zunehmend werden Konzepte diskutiert, die Nuklearwaffen auch im Kontext regionaler Konflikte eine Rolle zuweisen wollen. Eine im Auftrag des Pentagon angefertigte Studie kommt beispielsweise zum Schluß, daß die USA mit biologischen oder chemischen Waffen ausgerüstete Diktatoren abschrecken können, indem sie in regionalen Konfliktsituationen den Einsatz nuklearer Waffen nicht definitiv ausschließen, sondern eine nukleare Ambivalenz bestehen lassen.[62] Als Beleg für die Wirksamkeit dieser Ambivalenz wird die Entscheidung Saddam Husseins zitiert, keine Chemiewaffen während des zweiten Golf-Krieges eingesetzt zu haben, weil er nukleare Vergeltungsschläge fürchtete. Generell gehen Vertreter dieser Position davon aus, daß sich die Proliferation nuklearer Waffen beschleunigen wird und von den USA kaum beeinflußt werden kann. Dagegen argumentiert eine Minderheitenposition, eine zu weitgehende Abrüstung der USA werde die Weiterverbreitung gerade anregen, weil potentielle Proliferatoren zu der Überzeugung gelangen könnten, schon mit dem Erwerb weniger Nuklearwaffen ließe sich die machtpolitische Differenz zu den USA egalisieren.[63]

---

60 Charles Krauthammer: The Unipolar Moment, in: Graham Allison und Gregory F. Treverton: Rethinking America's Security. Beyond Cold War to the New World Order, New York, London (Norton) 1992, S. 295-306.

61 Zbigniew Brzezinski: Selective Global Commitment, Foreign Affairs, 70 (Herbst 1991) 4, S. 1-20; Walter B. Slocombe: The Continued Need for Extended Deterrence, in: Washington Quarterly, 14 (Herbst 1991), S. 157-172; Vgl. beispielsweise auch den Beitrag von Jan M. Lodal: Nuclear Strategy after the Cold War, in: David Goldfischer und Thomas W. Graham (Hg.): Nuclear Deterrence and Global Security in Transition, Boulder (Westview) 1992, S. 19-28.

62 Thomas C. Reed und Michael O. Wheeler: The Role of Nuclear Weapons in the New World Order, Washington 1991, S. 14. Daß beide Autoren durchaus repräsentativ für das Denken der mit Nuklearwaffen befaßten Pentagonelite stehen, zeigen William Arkin und Robert Norris: Tinynukes For Mini Minds, in: The Bulletin of the Atomic Scientists, 48 (April 1992) 3, S. 24f.

63 George H. Quester und Victor Utgoff: U.S. Arms Reductions and Nuclear Nonproliferation: The Counterproductive Possibilities, in: Washington Quarterly, 16 (Winter 1993) 1, S. 129-140.

Befürworter dieser Position möchten entsprechend ihrer Rollenzuweisung für nukleare Waffen an einem flexibel und vielfältig einsetzbaren nuklearen Arsenal festhalten. Die Ziellisten könnten zwar reduziert werden; die nuklearen Streitkräfte sollen aber auch künftig in der Lage sein, alle Arten von gehärteten oder mobilen militärischen Zielen und Kommandoeinrichtungen in selektiver Weise zerstören zu können.

Die bisherigen Reduzierungen werden auch von Repräsentanten dieser Auffassung für vertretbar gehalten. Selbst die Maximalisten unter den amerikanischen Strategieplanern haben akzeptiert, daß sich nach Ende des Ost-West-Konflikts die aufgeblähten nuklearen Bestände nicht mehr rechtfertigen lassen. Die im Auftrag des Pentagon erstellte Studie peilte Reduzierungen auf 4.000 - 5.000 strategische Gefechtsköpfe an; andere Maximalisten glauben bis auf 3.000 Gefechtsköpfe abrüsten zu können.[64] Reduzierungen über diese Marge hinaus wären ihrer Auffassung zufolge allerdings mit der Aufgabenstellung nuklearer Abschreckung nicht mehr vereinbar, könnten die Proliferation anregen und sollten daher auch in Zukunft nicht angestrebt werden.

Dagegen sehen *liberale Internationalisten* typischerweise eine sehr eingeschränkte Rolle für nukleare Waffen. Ihrer Auffassung zufolge gehört die Delegitimierung des unilateralen Einsatzes militärischer Mittel und insbesondere die Drohung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen zum Kern der neuen Weltordnung. Die USA sollten durch das eigene Verhalten und den Ausbau von Normen und Regeln die politischen und militärischen Funktionen von Nuklearwaffen immer weiter entwerten.[65] Ihre Delegitimierung ist aus dieser Perspektive ein überfälliger Schritt, zumal Nuklearwaffen ohnehin weitgehend obsolet waren und sind. McNamara und andere Minimalisten argumentieren seit längerem, daß Nuklearwaffen keiner militärischen Zielsetzung dienen können, sondern nur zur Abschreckung gegen einen Angriff auf den nuklearwaffenbesitzenden Staat selbst taugen.[66] Entschieden abgelehnt wird das Konzept der erweiterten Abschreckung, das der NATO-Strategie seit den fünfziger Jahren zugrunde liegt. Die Ausdehnung des nuklearen Schutzes auf andere Staaten oder zur Absicherung weniger vitaler Interessen sei unglaubwürdig und gefährlich destabilisierend.[67] Dagegen argumentieren andere Vertreter dieser Richtung, daß

---

64 Reed/Wheeler (Anm. 57); Walter B. Slocombe: The Continued Need for Extended Deterrence, Washington Quarterly, 14 (Herbst 1991) 4, S. 157-172. Später hielt Slocombe Reduzierungen auf 2.500 Gefechtsköpfe für möglich. Im Gegensatz zu den anderen Vertretern dieser Gruppe sieht er keine Rolle für Nuklearwaffen außerhalb des Ost-West-Kontexts. Ders.: The Future of U.S. Nuclear Weapons in a Restructured World, in: Patrick J. Garrity und Steven A. Maaranen (Hg.): Nuclear Weapons in a Changing World. Perspectives from Europe, Asia, and North America, New York (Plenum Press) 1992, S. 53-64.

65 Carl Kaysen, Robert S. McNamara, George W. Ratjens: Nuclear Weapons after the Cold War, in: Foreign Affairs, 70 (Herbst 1991) 4, S- 95-110, hier S. 101.

66 Robert McNamara: Blundering into Desaster: Surviving the First Century of the Nuclear Age, New York (Pantheon Books) 1986; McGeorge Bundy: Danger and Survival. Choices About the Bomb in the First Fifty Years, New York (Random House) 1988.

67 siehe neuerdings Charles Glaser: Analyzing Strategic Nuclear Policy, New Jersey (Princeton University Press) 1990. Eine Kurzfassung ist unter dem Titel "Nuclear Policy without an Adversary" in International Security, 16 (Frühjahr 1992) 4, S. 34-78 erschienen.

die Glaubwürdigkeit der erweiterten Abschreckung auch bei einer drastischen Reduzierung und Einschränkung des nuklearen Potentials nicht verlorengehe, weil die Glaubwürdigkeit primär von politischen Faktoren abhänge.[68] Konsens besteht hingegen darüber, daß nach dem Ost-West-Konflikt die entscheidende Frage nicht mehr lauten kann, welche Potentiale nötig sind, um die UdSSR abzuschrecken, sondern wie sich die Arsenale der nuklearwaffenbesitzenden Staaten am sichersten kontrollieren lassen, um die von ihnen ausgehenden Gefahren für die USA und andere Länder zu minimieren.[69] In dieser Sicht droht zum einen die Gefahr regionaler nuklearer Kriege in der früheren Sowjetunion oder einer anderen proliferationsgefährdeten Region, zweitens die weitere Verbreitung nuklearer Waffen und drittens ein politisch ungewollter oder unautorisierter Einsatz. Konsolidierung und Sicherung des russischen Nuklearwaffenkomplexes und Zurückdrängung der nuklearen Proliferation gelten aus dieser Sicht als angemessene und erfolgversprechende Strategien. Da zur Durchsetzung dieser Ziele amerikanische Nuklearwaffen für überflüssig oder schädlich gehalten werden, erscheint die weitgehende nukleare Abrüstung unter internationaler Kontrolle als sinnvoll.

Entsprechend ihrer begrenzten Aufgabenstellung für nukleare Waffen lehnen Minimalisten umfassende Counterforce-Planungen entschieden ab. Dieser Auffassung zufolge sollte die minimierte Rolle nuklearer Streitkräfte, solange sie denn existieren, auch in ihrer operativen Organisation zum Ausdruck kommen. Eine flexible Countervalue-Strategie, die auf extrem zielgenaue, reaktionsschnelle und sprengkraftstarke Waffen gänzlich verzichtet, entspricht ihren Vorstellungen am ehesten.[70]

Diese Sicht strategischer Stabilität läßt eine weitere Abrüstung als sinnvoll erscheinen. Reduzierungen auf ca. 3.000 Gefechtsköpfe wurden vor dem Zusammenbruch der UdSSR auch von einer zwischen beiden Polen argumentierender Gruppe moderater Strategieexperten empfohlen.[71] Das angesehene 'Committee on International Security and Arms Control' der 'National Academy of Science', das natur- und sozialwissenschaftlich orientierte Rüstungskontrollforscher und ehemalige hochrangige Militärs umfaßt, schlug in einer zweiten Phase immerhin schon Reduzierungen auf 1.000 - 2.000 Sprengköpfe vor.[72] Es besteht Übereinkunft, destabilisierende Trägersysteme zuerst abzubauen. An erster Stelle

---

68 Lawrence Freedman: I Exist; Therefore I Deter, in: International Security, 13 (1988) 1.

69 Kurt Gottfried und Jonathan Dean: Nuclear Security in a Transformed World, in: Arms Control Today, 21 (November 1991) 9, S. 13-14.

70 Dies Konzept minimierter Abschreckung ist entwickelt in: Matthias Dembinski: Europa ohne taktische Nuklearwaffen? Konzeptionelle Überlegungen zur Minimierung der erweiterten Abschreckung, HSFK-Report 4/1990, Frankfurt Mai 1990.

71 Michael May, George F. Bing, John D. Steinbruner: Strategic Arms Reductions, Washington D.C.: The Brookings Institution 1988 glaubten, daß bei Reduzierungen jenseits dieser Zahl eine Zone der Instabilität beginnt. Paul Nitze, der sich zwar mittlerweile von seinem früheren Image als Falke entfernt hat, hielt 1992 noch 3.000-5.000 strategische Nuklearwaffen für nötig, kann sich aber langfristig eine weitere Abrüstung vorstellen. Siehe: Keep Nuclear Insurance, Bulletin of the Atomic Scientist, 48(Mai 1992)4, S. 34-36.

72 National Academy of Science: The Future of the U.S.-Soviet Nuclear Relationship, Washington D.C. (National Academy Press) 1991

sollten landgestützte Raketen (ICBMs) mit mehreren Gefechtsköpfen (MIRV) abgebaut, darüber hinaus auf große U-Boote und seegestützte Raketen mit MIRV-Gefechtsköpfen sowie auf neue Generationen von Flugköpern mit Stealth-Charakteristiken verzichtet werden.

Weitergehende Vorstellungen werden von den Minimalisten verfolgt. Gottfried und Dean wollen nur 1.000 - 2.000 taktische und strategische Atomwaffen behalten; McNamara und andere glauben, die USA könne mit wenigen hundert Nuklearwaffen auskommen, die am sinnvollsten unzerstörbar auf kleinen Unterseebooten zu stationieren wären.[73] Auch die Überwindung des Systems nuklearer Abschreckung sollte nach Auffassung der Vertreter dieser Position angestrebt werden.[74]

2.2.2. Ausblick

Der von konservativer Seite vorgetragene Versuch, den Bedeutungsverlust nuklearer Waffen aufzuhalten und ihnen eine neue Rollen zuzuweisen, zielt vermutlich ins Leere. Selbst die offizielle Politik ist hier bereits einen Schritt weiter. Insbesondere der weitgehende Verzicht auf taktische Nuklearwaffen signalisiert, daß die Adminstration nicht ernsthaft erwägt, Nuklearwaffen in einen anderen als den Ost-West Kontext zu stellen. Die Beendigung sämtlicher Modernisierungmaßnahmen deutet ferner an, daß auch im Ost-West-Verhältnis die Bedeutung nuklearer Waffen deutlich zurückgedrängt wurde und ihnen künftig nur noch eine sehr eingeschränkte Reservefunktion zukommt.

Auf amerikanischer Seite entsprechen die Abrüstungsinitiativen nicht einer momentanen, möglicherweise zeitlich befristeten und leicht umkehrbaren Entwicklung. Im Gegenteil ist ein längerfristiger Trend der Entwertung nuklearer Waffen nachweisbar. Hier wäre erstens auf die Delegitimierung jeglichen Nuklearwaffeneinsatzes hinzuweisen, die mit der Dauer des Nichtgebrauchs dieser Waffen weiter wächst.[75]

Zweitens gibt es gewichtige Gründe, die ein grundlegendes machtpolitisches Interesse der USA an einer Entnuklearisierung der internationalen Staatenbeziehungen vermuten lassen. Der bereits angesprochene Bedeutungsverlust nuklearer Waffen hat sich auch in der Sicht der militärischen Führung dahingehend verdichtet, daß die Möglichkeit eines Einsatzes von Nuklearwaffen zur Durchsetzung militärischer Ziele weithin bestritten wird. Mit diesen Anmerkungen ist keineswegs impliziert, daß Nuklearwaffen in jedem Fall bedeutungslos sind. Der Trend der abnehmenden Bedeutung nuklearer Waffen wirkt nicht unterschiedslos.

---

73 Kayser, McNamara, Rathjens (Anm. 60), S. 107.

74 Robert S. McNamara: Yes, Do Our Best to Return to a Nonnuclear World, in: IHT, 24. Februar 1993, S.6.

75 Vgl.: Joseph S. Nye: Nuclear Ethics: New York (The Free Press) 1986. 1989 sah sich Uwe Nerlich veranlaßt, in einem großangelegten Projekt die Legitimation nuklearer Abschreckung gegen die mit ethischen Kategorien argumentierende Kritik zu verteidigen. Vgl.: Uwe Nerlich und Trutz Rendtorff (Hg.): Nukleare Abschreckung - Politische und ethische Interpretationen einer neuen Realität, Baden-Baden (Nomos) 1989.

In den Händen eines Regimes, das zu ihrem Einsatz ohne Berücksichtigung der wahrscheinlichen Konsequenzen bereit ist, können Nuklearwaffen zu einem Instrument gewaltigen Terrors werden und dadurch erhebliche Chaosmacht darstellen. Schon aufgrund dieser Diskrepanz könnten auch am Erhalt der amerikanischen Macht interessierte Gruppen an einer weitgehenden Einhegung nuklearer Waffen interessiert sein, wenn sich dadurch eine globale Begrenzung nuklearer Waffen sichern ließe.

Der langfristige Bedeutungsverlust nuklearer Rüstung wird verstärkt durch eine dritte Überlegung, die mit der Revolutionierung konventioneller Kriegführung im Zusammenhang steht. Infolge insbesondere der dramatischen Steigerung der Zielerfassungs-, Zielverfolgungs- und Steuerungstechnologien können die meisten der militärischen Aufgaben, für die früher der Einsatz nuklearer Waffen als unabdingbar galt, mittlerweile ebenso effektiv von konventionellen Waffen übernommen werden. Konventionelle Rüstung wird zu einer militärisch und politisch akzeptablen Alternative zu nuklearen Waffen.[76] Auch hier ist eine wichtige Einschränkung vorzunehmen. Über Technologien, die derartige Effekte bewirken, werden in absehbarer Zukunft nur die USA verfügen.

Die auf technischer Überlegenheit im konventionellen Bereich beruhende militärische Dominanz der USA wurde durch den Zusammenbruch des Warschauer Paktes weiter abgesichert. Sie kann auch langfristig als gegeben angenommen werden. In ihrer politischen Wirkung wäre sie am nachhaltigsten zu erschüttern, falls es einem amerikanischen Gegner gelingen sollte, einen nuklearen Faktor in diese Gleichung einzubringen. Der zweite Golf-Krieg hat diesen Zusammenhang ins Bewußtsein gerückt. Es ist davon auszugehen, daß er von der politischen und militärischen Führung akzeptiert wird. Daher ist zu erwarten, daß die USA auch künftig allein aufgrund machtpolitischer Überlegungen bereit sind, nukleare Optionen weitestgehend einzuschränken, wenn sich dadurch eine globale Denuklearisierung erreichen oder sichern läßt.

Diese Ausführungen beschreiben zunächst nur ein Kalkül. Die bürokratischen, zum Teil auch psychologischen Widerstände gegen eine Abwertung der früher prestigeträchtigen Nuklearrüstung sind gewaltig.[77]

---

76 Siehe den Aufsatz von Carl E. Vuono, Stabschef der US-Armee: Desert Storm and the Future of Conventional Forces, in: Foreign Affairs, 70 (Frühjahr 1991) 2, S.49-68. Eher kritisch setzt sich Eric H. Arnett mit der Revolutionierung und wahrscheinlichen weiteren Entwicklung der konventionellen Streitkräfte der USA auseinander: Welcome to Hyperwar, in: The Bulletin of the Atomic Scientists, 48 (September 1992) 7, S. 14-21.

77 So hat beispielsweise General Lee Butler, der Chef des Strategic Command, ohne Aufforderung seiner politischen Vorgesetzten Pläne erstellt, die den Einsatz nuklearer Waffen gegen Nationen der "Dritten Welt" ermöglichen würden. Siehe Eric Schmitt: U.S. Is Redefining Nuclear Deterrence, in: IHT, 26. Februar 1993, S.2. Zu diesen Tendenzen siehe auch Arkin und Norris: Tinynukes (Anm. 62).

2.2.3. Zukunft der Abrüstung: Rußland

Ungleich schwerer abzuschätzen ist die künftige Entwicklung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik. Die wichtigste Determinante ist hier die vollkommen offene innergesellschaftliche Entwicklung. Sollte der Reformkurs radikal scheitern, wären die Konsequenzen für die Außenpolitik selbstverständlich gravierend, wenn auch nicht notwendigerweise einfach zu prognostizieren. Die Hoffnung jedenfalls ist trügerisch, bei Eintreten des schlimmsten Falles ließe sich jederzeit wieder auf das bewährte Abschreckungssystem zurückgreifen.

Auch wenn sich die wahrscheinliche Perspektive einer wie auch immer gestalteten Koalition zwischen Reformern und Anhängern etatistischer Strukturen auf Dauer realisiert, ist die künftige außenpolitische Orientierung damit nicht gleichsam festgelegt. Entscheidend ist die Entwicklung des Selbstverständnisses der neuen Republik. Wird sich Rußland künftig als Weltmacht begreifen, als regionale Macht mit unabhängiger, möglicherweise anti-westlicher Orientierung oder als Anwärter auf Mitgliedschaft in westlich dominierten Wirtschafts- und Sicherheitsorganisationen?

Eine kompromißlose Entscheidung für die dritte Variante wird Moskau allein schon deshalb schwerfallen, weil dem Land der Weg in westlich dominierte Wirtschafts- und Sicherheitsorganisationen auf absehbare Zeit versperrt bleiben wird. Die russische Führung wird die Sicherheitspolitik auf nationaler Basis neu bestimmen müssen. Auch wenn sie eindeutig auf eine globale Rolle verzichtet und Rußland als regionale Macht definiert, könnte ihr die Sicherheit des Landes unsicherer erscheinen als der alten kommunistischen Führung die Sicherheit der UdSSR. Die frühere konventionelle Stärke der Sowjetunion ist von Rußland nicht wieder herstellbar. Das konventionelle Ungleichgewicht gegenüber der NATO ist offensichtlich; auch gegenüber der VR China könnte sich Rußland in einer verwundbaren Position fühlen. Hinzu kommt, daß die Regionen entlang der mittelasiatischen und europäischen Grenze instabil sind und mit der Ukraine Konflikte mit erheblichem Sprengpotential existieren. Selbst wenn sich Rußland dauerhaft im Sinne der Reformpolitik auf die Schaffung marktwirtschaftlicher ökonomischer Strukturen konzentrieren sollte, könnte die russische Führung in Zeiten zunehmender Unsicherheit und Spannung Nuklearwaffen als preiswerte Alternative zur schwindenden konventionellen Stärke sehen.

Daneben existieren weitere Gründe, die einen Bedeutungszuwachs nuklearer Waffen wahrscheinlich werden lassen, nicht zuletzt das für eine niedergehende Supermacht psychologisch wichtige Interesse, an den Symbolen früherer nationaler Größe möglichst lange festzuhalten.

Der Wandel von der Rhetorik Gorbatschows, der noch das Ziel propagiert hatte, kurzfristig eine nuklearwaffenfreie Welt zu erreichen, und der stärkeren Betonung der Rolle nuklearer Waffen für die nationale Sicherheit in der russischen Außenpolitik ist augenfällig. Selbst Jelzins Vorschlag einer Reduzierung der Nuklearwaffen auf 2.000 - 2.500 Gefechtsköpfe

war schon im Januar 1992 heftig umstritten.[78] Mittlerweile verdichtet sich die Kritik an dieser Position, nicht nur von Seiten der Militärführung, sondern auch ziviler Berater.[79] Möglicherweise stellt das START-II-Abkommen die maximale Abrüstung dar, auf die sich russische Strategieplaner in der näheren Zukunft einlassen werden. Der START-I-Vertrag ist noch von einer deutlichen Mehrheit von 157 : 1 (bei 62 Enthaltungen) der Abgeordneten im russischen Parlament angenommen worden. Der START-II-Vertrag ist unter den Parlamentariern wesentlich umstrittener. Voraussichtlich wird sich zwar letztlich im russischen Parlament eine Mehrheit für den Vertrag finden, eine starke Minderheit, bestehend aus kommunistischen und nationalistisch-orientierten Abgeordneten, hat jedoch bereits heftigen Widerstand gegen das Abkommen angekündigt.

---

78 Es gab allerdings auch radikalere Positionen. Sergei Kortunov beispielsweise präzisierte die in der Perestroika-Phase entwickelten Konzepte minimaler Abschreckung weiter und hielt 500 - 2.000 Gefechtsköpfe für ausreichend. Ders.: The Deterrent Forces of the Commonwealth of Independent States, in: Garrity, Maaranen, Nuclear Weapons (Anm. 64), S. 65-76, hier S. 75. Unterstützung erhielt er dabei von Nikolai V. Kapranov: A Russian Perspective on the Future of Nuclear Weapons, ebenda, S. 77-90.

79 Sergei A. Karaganov: Russia: The New Foreign Policy and Security Agenda, London Defense Studies No. 12, Oxford 1992, S. 24. Siehe auch: George Leopold und Neil Munro: Russia Renews Nuclear Reliance, in: Defense News, 7 (21.-27. Dezember 1992) 51, S. 1.

3. Die europäischen Drittstaaten

3.1. Stand der Abrüstung

Auf das Ende des Ost-West-Konflikts und die sich ankündigende Abrüstung der Supermächte reagierten Frankreich, vor allem aber Großbritannien mit Erstaunen, Skepsis und Distanz; auf die vorsichtige Aufforderung, sich am Abrüstungsprozeß zu beteiligen, mit strikter Ablehnung. Als Begründung für ihre ablehnende Position verweisen Paris und London auf ihre im Vergleich zu den Supermächten geringere Verhandlungsmasse. Aus ihrer Sicht könnte schon eine geringfügige Abrüstung ihren Status als Nuklearwaffenstaaten insgesamt gefährden.

Tatsächlich stellten die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte Ende der achtziger Jahre nur einen Bruchteil des amerikanischen oder sowjetischen Potentials dar. Großbritannien besitzt vier mit Nuklearraketen bewaffnete U-Boote und eine vergleichsweise kleine Anzahl taktischer Nuklearwaffen. Frankreich unterhält zwar wie die großen Vorbilder eine voll ausgebaute Triade von see-, land- und luftgestützten strategischen sowie alle Arten von taktischen Nuklearwaffen, hat aber in keiner Kategorie, vielleicht mit Ausnahme der Atom-U-Boote, viel zu bieten.

Trotz ihrer bescheideneren Ausstattung verfügen Großbritannien und Frankreich selbstverständlich über abrüstungspolitischen Spielraum.[80] Die Gründe für ihre abweisende Haltung sind andere. Hier spielt sicher eine Rolle, daß die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts einsetzende Abrüstung Briten und Franzosen konzeptionell vollkommen unvorbereitet traf. Beide Staaten waren im Begriff, den Umfang ihrer Nuklearstreitkräfte erheblich aufzustocken. Die Anzahl ihrer strategischen Gefechtsköpfe sollte von zusammen 400 im Jahre 1985 auf 1.100 im Jahre 1995 erhöht werden. Bei voller Ausnutzung ihrer Kapazitäten könnten beide Staaten zusammen ihr strategisches Potential bis zum nächsten Jahrhundert auf über 1.500 Spengköpfe steigern.[81] Außerdem sollte deren Qualität nachhaltig verbessert, vor allem aber neue und weitergehende Missionen für die Nuklearstreitkräfte entworfen werden. Während in den USA die nukleare Euphorie in den Streitkräften und bei den politischen Entscheidungsträgern den Zenit schon weit überschritten hatte, galten Nuklearwaffen in London und Paris noch immer als höchstes militärisches Gut von besonderer politischer Relevanz. Sie wurden von beiden Ländern als symbolisch besonders wichtig erachtet, um die Differenz zu Deutschland zu markieren und den verblaßten, aber gerade deshalb psychologisch wichigen Großmachtanspruch zu unterstreichen. Während die Haltung der sozialistischen Regierung Frankreichs seit dem Zusammenbruch der UdSSR

---

80 Eine Diskussion der rüstungspolitischen Optionen zur Beschränkung der Trident-U-Boot-Flotte findet sich beispielsweise in Colin McInnes: Trident as a Minimum Deterrent, International Security Information Service, Briefing No.3 (10/89), London 1989.

81 Charlotte Phillips Preece und Joseph M. Freeman: British and French Strategic Nuclear Force Modernization: Issues for Western Security and Arms Control, CRS Report for Congress, Washington, Februar 1989.

deutlich flexibler wurde, scheint London um so starrer an den alten nuklearstrategischen Dogmen festzuhalten.

Trotzdem könnte das Ende des Ost-West-Konflikts nicht nur die französischen, sondern in Zukunft auch die britischen Nuklearstreitkräfte in Frage stellen. Zu den wachsenden Legitimationsdefiziten gesellen sich technisch-finanzielle Schwierigkeiten.

Für beide Länder war der Aufbau unabhängiger Nuklearstreitkräfte mit erheblichen Kosten verbunden. Frankreich und Großbritannien vernachlässigten ihre konventionellen Streitkräfte; das Vereinigte Königreich begab sich zusätzlich in Abhängigkeit von den USA.[82] Beides begann sich Anfang der neunziger Jahre empfindlich zu rächen.

In Großbritannien steht die Anfang der achtziger Jahre beschlossene Umrüstung der seegestützten Nuklearstreitkräfte auf die neue Klasse von Vanguard-U-Booten, bestückt mit Trident-II-Raketen amerikanischer Bauart, vor dem Abschluß.[83] Die Raketen sind mit einem britischen Wiedereintrittskörper bestückt, der nominell bis zu acht Gefechtsköpfe transportieren kann.[84] Gegenüber dem Vorgängermodell, dem ebenfalls britischen Chevaline-System mit zwei bis drei, allerdings nicht unabhängig lenkbaren Gefechtsköpfen, bedeutet die Einführung der Trident eine erhebliche Aufrüstung. Die Zahl der angreifbaren Ziele erhöht sich nominell von 64 auf 512.[85]

Auch im taktischen Bereich hatte Großbritannien erhebliche Modernisierungen projektiert. Gegenwärtig verfügt London über 148 nuklearfähige Jagdbomber, die mit der WE-177 Atombombe ausgerüstet werden können. Als Ersatz für die 100 veralteten Bomben sollte der weitreichende Abstandsflugkörper (TASM) eingeführt werden, den die USA für die NATO entwickelte. Daneben hatte die Marine einige Harrier-Flugzeuge mit nuklearen Unterwasser-Bomben bewaffnet.

---

82 Vgl.: John Simpson: The Independent Nuclear State. The United States, Britain and the Military Atom, London (Macmillan) 1983.

83 Die Trident-Entscheidung entbehrt im nachhinein nicht einer gewissen Ironie. London hatte aus finanziellen und technischen Gründen die Trident-I bevorzugt, sich aber Anfang der achtziger Jahre für die Trident-II entschieden, weil diese Rakete offenbar zum Standardmodell der amerikanischen Marine werden würde und der Unterhalt einer eigenen Rakete technisch zu riskant erschien.

84 Wahrscheinlich werden die Trident-Raketen zumindest in der ersten Phase mit wesentlich weniger Sprengköpfen ausgestattet. Spekulationen zufolge verfügt Großbritannien nicht über genügend Plutonium. In jedem Fall aber haben Mißmanagement und Personalprobleme bei der Nuklearanlage in Aldermaston zu einer erheblichen Verzögerung bei der Gefechtskopfproduktion geführt. Vgl.: Session 89-90, House of Commons, Defense Committee, 9th Report: The Progress of the Trident Programme, Report, together with the Proceedings of the Committee relating to the Report, Minutes, Evidence and Memoranda, 13. Juni 1990, London (HMSO) S. XXff.

85 Ein Report über Sicherheitsrisiken der britischen Sprengköpfe, angefertigt von dem obersten wissenschaftlichen Berater des Verteidigungsministeriums, Sir Ronald Oxburgh, enthält zum erstenmal offizielle Zahlen über die britische Nuklearrüstung. Vgl.: Daniel Plesch und Sandra Ionno: Bouncing bombs across Britain, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 48 (Dezember 1992) 10, S. 8ff.

Diesem Vorhaben kam innerhalb der Neukonzeption der britischen Abschreckungsdoktrin eine besondere Bedeutung zu. Durch die Einführung flexibel einsetzbarer sub-strategischer Waffen sollten offiziellen Begründungen zufolge zusätzliche, über den verzweifelten Vergeltungsschlag hinausgehende Optionen geschaffen werden. Britische Strategieexperten glaubten, daß flexibel einsetzbare, weitreichende sub-strategische Waffen ein geeignetes Instrument darstellen, um politisch auf einen Gegner einzuwirken und ihn zur Einstellung von Kampfhandlungen zu bewegen.[86] Die sogenannte Quinlan-Doktrin zielte darauf ab, die Immobilität der mit dem Selbstabschreckungsphänomen belasteten massiven Vergeltungsstrategie aufzubrechen und neuen politischen Bewegungsspielraum zu schaffen.[87]

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts sind diese Pläne vorläufig in eine Krise geraten. Hierfür ist sicherlich auch das Ende des Konflikts selbst und die Auflösung des früheren Feindes, vor allem aber die Abhängigkeit von den USA verantwortlich. Nach der amerikanischen Entscheidung, das TASM-Programm abzubrechen, würde eine Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen deutlich teurer und technisch und politisch komplexer werden. London hat zwar seitdem Verhandlungen mit Frankreich über die gemeinsame Produktion eines Alternativmodells auf Basis des französischen ASLP-Flugkörpers intensiviert, der Ausgang dieser Gespräche ist jedoch völlig offen.[88]

Wenn auch primär aus taktischen Gründen, hat das Vereinigte Königreich stattdessen die amerikanischen Abrüstungsinitiativen begleitet. Die ca. 25 maritimen Nuklearwaffen wurden von den Schiffen abgezogen und demontiert; die in Deutschland stationierten Nuklearbomben um die Hälfte reduziert.

Auch Paris mußte von seinem Programm zur umfassenden Modernisierung der Nuklearstreitkräfte kräftige Abstriche machen. Hier waren nicht außenpolitische Abhängigkeiten, sondern finanzielle Engpässe verantwortlich. Frankreich plante die Einführung neuer strategischer U-Boote der Le Triomphant-Klasse, neuer landgestützter Mittelstreckenraketen, weitreichender luftgestützter Abstandsflugkörper und taktischer Waffen. Die Anzahl der Boote, von denen das erste 1995 in Dienst gestellt werden soll, sollte zwar mit sechs konstant bleiben, ihr Kampfwert jedoch erheblich gesteigert werden. Die U-Boote werden mit den neuen M-4 oder M-45 Raketen ausgerüstet, die jeweils sechs Sprengköpfe transportieren können. Eine M-5 Rakete mit 12 Sprengköpfen ist in Planung. Durch diese Maßnahme würde sich das seegestützte Nuklearwaffenpotential von 92 Sprengköpfen 1985 auf 864 bis weit über 1.000 nach dem Jahr 2000 erhöhen. Weiterhin sollten die 18 auf dem Plateau d'Albion stationierten Mittelstreckenraketen modernisiert werden - im Gespräch war

---

86 Vgl. die Stellungnahme von François Heisbourg in: House of Commons, Session 1989/90, Defense Committee, Tenth Report, 11. Juli 1990, London (HMSO), S. 59.

87 Michael Quinlan, ehemaliger ständiger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, gilt als einer der führenden strategiepolitischen Denker Großbritanniens. Er zeichnet im wesentlichen für die Neukonzeption der britischen Nuklearstrategie verantwortlich. Vgl. seinen Aufsatz: Nuclear Weapons and the Abolition of War, in: International Affairs 67 (April 1991) 2, S. 293-301.

88 Allem Anschein nach hatte London die Gespräche mit Paris über die ASLP in taktischer Absicht geführt, um die Verhandlungsposition gegenüber Washington zu stärken. Ob die Kooperation mit Frankreich nach Scheitern dieser Option realistisch ist, muß als zweifelhaft gelten.

entweder die Entwicklung einer neuen mobilen Rakete oder die Stationierung von modifizierten M-4 Raketen in den vorhandenen Silos. Drittens sollten die 18 vollkommen überalterten nuklearfähigen Mirage IV-P-Mittelstreckenbomber ersetzt werden. Für die prästrategische Rolle entwickelte Frankreich den ASMP (Air-Sol Moyenne Portee) Flugkörper, mit dem nach den ursprünglichen Planungen fünf Staffeln der Mirage 2000 ausgerüstet werden sollten. In der Planung befindlich ist daneben ein Flugkörper längerer Reichweite, die ASLP. Als viertes Element plante Frankreich mit der Hades-Kurzstreckenrakete einen Ersatz für die älteren Pluton-Raketen kürzerer Reichweite. Ursprünglich sollten 60 Startgeräte und 120 Raketen angeschafft werden.[89]

Die Modernisierung der "prästrategischen" Systeme stand in Zusammenhang mit der von liberalen Politikern favorisierten Flexibilisierung der französischen Abschreckungsstrategie. Dadurch sollten die bündnis- und europapolitischen Optionen Frankreichs aufgewertet und für die Bundesrepublik sicherheitspolitisch attraktivere Schutzgarantien entwickelt werden.[90]

An diesem ehrgeizigen Modernisierungsprogramm mußte Frankreich bereits vor dem Ende des Ost-West-Konflikts erhebliche Reduzierungen vornehmen. Hintergrund der Kürzungen ist die extrem angespannte Haushaltslage. Frankreich hat seit jeher seine konventionelle Rüstung zugunsten seiner Nuklearwaffen vernachlässigt.[91] Um die finanzielle Schieflage nicht weiter wachsen zu lassen, hatte der damalige Verteidigungsminister Chevènement Ende der achtziger Jahre die Notbremse gezogen.[92]

- Das U-Boot-Programm wird gestreckt, über die Streichung von bis zu zwei Booten wird diskutiert.

- Einem Beschluß des französischen Verteidigungsrates vom Oktober 1990 zufolge sollen entweder die land- oder die luftgestützten Nuklearwaffen modernisiert werden. Ein Ratsbeschluß vom Juli 1991 entschied gegen die Entwicklung eines Nachfolgemodells für die landgestützten Raketen. [93]

- Die Anzahl der mit der ASMP bewaffneten Mirage 2000-Staffeln wurde von fünf auf drei gekürzt.

---

89 Fredrik Wetterqvist: French Security and Defense Policy. Current Developments and Future Prospects, National Defense Institute, Stockholm 1990.

90 Vgl.: Hans-Georg Ehrhart: Die europäische Herausforderung. Frankreich und die Sicherheit Europas an der Jahrhundertwende, Baden-Baden (Nomos) 1990, insb. S. 12ff.

91 François Heisbourg: Between Independence and Solidarity: France's Defense Policy in the 1990s, in: Lawrence Freedman (Hg.): Military Power in Europe, Hong Kong 1990, S. 106-122.

92 Matthias Dembinski: Nukleare Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle in Europa nach Ende des Ost-West-Konflikts, HSFK Report 2/1991, Frankfurt 1991, S.34ff.

93 Diese Entscheidung ist jedoch nach wie vor umstritten. Insbesondere die Gaullisten setzen sich entschieden für ein landgestütztes Nachfolgesystem ein. Im Gespräch ist neuerdings die Entwicklung einer silotauglichen oder sogar mobilen Variante der M-5 Rakete.

- Die Entwicklung der ASLP ist nach wie vor unsicher.
- Die Anzahl der Hades-Raketen wurde von geplanten 120 auf 30, die der Werfer von 60 auf 15 gekürzt. Die Raketen werden nicht der Truppe übergeben, sondern sofort eingemottet; die für die Bedienung der Pluton verantwortlichen Truppenteile aufgelöst.

In der Konsequenz ebenso gravierend sind die abrüstungsbegleitenden Maßnahmen, die Frankreich und Großbritannien akzeptiert haben bzw. akzeptieren mußten. Für das französische Militär und die französische Politikberatung offenbar vollkommen überraschend verkündete Präsident Mitterrand am 8. April 1992 ein zunächst einjähriges Moratorium der Nukleartests im Mururoa-Atoll.[94] Zwar sind die konservativen Parteien entschlossen, die Tests wieder aufzunehmen, es ist jedoch abzuwarten, ob sie vor dem Hintergrund der neuen amerikanischen Gesetzgebung, der Verlängerung des russischen Testmoratoriums sowie einer weit verbreiteten Opposition gegen Nuklearwaffentests (60% der Franzosen lehnen Nukleartests ab) bereit sind, den politischen Preis für eine Wiederaufnahme der Tests zu zahlen. Die sozialistische Regierung und zumindest Teile der militärischen und zivilen Bürokratie können sich dauerhafte Beschränkungen der nuklearen Tests offenbar vorstellen.[95] Da die Testreihen für die Entwicklung der Gefechtsköpfe für die M-5 Rakete und die ASLP wahrscheinlich noch nicht abgeschlossen waren, könnte das Moratorium bereits Auswirkungen auf die in der Entwicklung befindliche Generation von Waffensystemen haben.

In jedem Fall sind die Drittstaaten von einem Verbot von Tests stärker betroffen, weil sie nicht wie die Supermächte über eine breite Palette ausreichend getesteter Gefechtskopf-Designs verfügen. Für das Vereinigte Königreich sind die Konsequenzen des Testmoratoriums in wesentlich stärkerem Maße spürbar, obwohl London von seinem entschiedenen Widerstand gegen eine Reduzierung der Nukleartests nie abgerückt ist. England ist auf das amerikanische Testgelände in Nevada angewiesen. Theoretisch könnte das amerikanische Energieministerium einige der 15 noch gestatteten Tests an ihre britischen Kollegen abtreten. Testexplosionen wären aber auch in diesem Falle nur für die Erhöhung der Sicherheit und Zuverlässigkeit der Waffen erlaubt. Wenn die Moratorien in einen umfassenden Teststopp-Vertrag überführt werden, wäre Großbritannien für alle Zukunft auf die jetzt bestehende, mit Ausnahme der Trident veraltete Streitkräftestruktur angewiesen. Auch die noch in der Diskussion befindliche britisch-französische Koproduktion eines Abstandsflugkörpers längerer Reichweite ist mit dem Testmoratorium schwieriger geworden. Es ist schwer vorstellbar, daß Frankreich den Sprengkopf für ein Gemeinschaftsprodukt beisteuert und sich Großbritannien derartig in französische Abhängigkeit begibt.[96]

---

94 Vgl. Bruno Barrillot: French Finesse Nuclear Future, in: Arms Control Today, 22 (September 1992) 7, S. 23-26.

95 PPNN Newsbrief No. 20 (Winter 1992), S. 4.

96 Dies Argument beruht allerdings auf der Annahme, daß das TASM-Projekt nicht auf einen schon getesteten Gefechtskopf zurückgreifen kann.

3.2. Zukunft der Abrüstung

Der Zerfall der UdSSR wird nicht ohne Konsequenzen für die britische und französische Nuklearpolitik bleiben. Beide Regierungen haben in den achtziger Jahren Bedingungen für ihre Teilnahme am Rüstungskontrolldialog formuliert, die mittlerweile gegeben sind.[97] Trotz dieser abrüstungspolitischen Fortschritte und von beiden Drittstaaten bereits vorgenommenen Reduzierungen sind nur wenige Anzeichen erkennbar, die darauf schließen ließen, daß Frankreich, oder Großbritannien unter der derzeitigen konservativen Regierung, den Nuklearwaffenstatus aufgeben könnten. Stattdessen konstruieren beide Staaten neue Begründungen für ihre nuklearen Streitkräfte. Zwei Szenarien werden dabei diskutiert: neue Gefährdungen aus der "Dritten Welt" und die europäische Option. Britische Sicherheitsexperten ventilieren daneben das Konzept einer nuklearen "Treuhandschaft".

In Großbritannien werden offener als in Paris neu wahrgenommene Bedrohungen außerhalb des traditionellen Ost-West-Kontextes in den Vordergrund geschoben.[98] Allerdings ist dieses Argument wenig durchdacht, sein instrumenteller Charakter nur schwer zu übersehen. Zunächst steht der Nachweis aus, daß das Risiko der nuklearen Proliferation in Staaten der "Dritten Welt" in absehbarer Zukunft deutlich zunehmen wird und daß diese Staaten eine Bedrohung Großbritanniens darstellen könnten. Selbst wenn einzelnen Staaten der Erwerb von Nuklearwaffen gelingen sollte, ist zweitens nicht garantiert, daß diese sich vom Einsatz der Nuklearwaffen abschrecken ließen. Wie oben erwähnt, führte der Erwerb von Nuklearwaffen im Ost-West-Verhältnis nur aufgrund spezifischer sozialer, politischer und geographischer Bedingungen zur Ausformung eines stabilen Abschreckungssystems. Unter anderen Umständen könnte der wechselseitige Besitz von Nuklearwaffen zu ihrem Einsatz führen. Drittens läuft diese Rhetorik dem nonproliferationspolitischen Interesse diametral entgegen. Und viertens schließlich fehlen zumindest England die zur Abschreckung derartiger Herausforderungen nötigen Mittel. Der Forderung, "mit selektiv einsetzbaren Nuklearwaffen die Bedingungen zur Handhabung von Herausforderungen zu schaffen, in denen weder die Vereinigten Staaten als Verbündeter noch Rußland als Feind involviert ist"[99], wird das Vereinigte Königreich nicht entsprechen können.

---

97 Mitterrand forderte 1983 als Vorbedingung der französischen Beteiligung an Rüstungskontrolle a) beträchtliche Reduzierungen der Nuklearwaffen der Supermächte, b) ein Ende des Rüstungswettlaufs im Weltall und bei der U-Boot-Bekämpfung und c) ein Verbot chemischer und biologischer Waffen sowie die Herstellung eines konventionellen Kräftegleichgewichts in Europa. Frau Thatcher spitzte die britischen Vorbedingungen 1989 auf folgende Forderungen zu: Reduzierungen der Potentiale der Supermächte tiefer als 50%, ein Abschluß des VKSE-Vertrages und ein wirkungsvolles Abkommen über die Ächtung chemischer Waffen. Vgl.: Mark Hoffman: UK Arms Control in the 1990s, Manchester (Manchester University Press) 1990, S.XI.

98 "... nuclear weapons are available to deal with the threat, which need not necessarily come from Europe." House of Commons, Session 1989-1990, Defence Committee, Tenth Report, Defense Implications of recent Events, London (HMO) 1990.

99 Vgl.: Yves Boyer: French and British Nuclear Forces in an Era of Uncertainty, in: Patrick J. Garrity und Steven A. Maaranen (Hg.): Nuclear Weapons in a Changing World (Anm. 20), S.111-125, hier: S. 125.

Die "Europäische Option" wird in britischen Strategiezirkeln als neue Rechtfertigung der nuklearen Waffen durchaus diskutiert, allerdings nur als Rückfallposition.[100] Vorläufig setzt England entschieden auf die Nordatlantische Partnerschaft und die militärische Präsenz der USA in Europa einschließlich der Bewahrung des nuklearen Schutzschirmes. Insgesamt werden die Dogmen nuklearer Abschreckung von der konservativen politisch-militärischen Klasse in Großbritannien vergleichsweise am entschiedensten verteidigt.

In politisch-strategischen Zirkeln Frankreichs ist das Argument, neue Bedrohungen rechtfertigten ein Festhalten an der nuklearen Bewaffnung, zwar durchaus geläufig. Ihm wird allerdings eine gegenüber der Europäischen Option geringere Bedeutung eingeräumt. Frankreich fällt die Europäische Option zumindest als Begründung für die weitere Existenz der unabhängigen Nuklearstreitkräfte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts leichter. In ihrer Rhetorik geht die politische Klasse Frankreichs davon aus, daß sich die USA aus Europa zurückziehen werden, oder sie fordert in guter gaullistischer Tradition, Europa solle sich vom amerikanischen Einfluß befreien. Das dann in Europa entstehende Bedürfnis nach nuklearer Sicherheit würde dieser Vorstellung zufolge von Frankreich und Großbritannien ausgefüllt werden, die ihre Streitkräfte europäisieren würden.

Allerdings hat die Europäische Option auch ihre Tücken, gerade für Frankreich. Würden die französischen Verbündeten eine Nukleargarantie, vergleichbar der amerikanischen, verlangen, wäre die Lebenslüge der französischen Nukleardoktrin enthüllt. Frankreich müßte zugeben, daß eine erweiterte Abschreckung glaubwürdig sein kann.[101] Sollte hingegen die politische Union gelingen und Frankreich seine Nuklearwaffen vollständig integrierten Streitkräften zur Verfügung stellen, würde ein wichtiges Motiv für unabhängige Nuklearstreitkräfte hinfällig. Integrierte Streitkräfte könnten weder die Großmachtrolle der französischen Nation noch die Differenz zu Deutschland unterstreichen.

Die britischen und französischen Nuklearstreitkräfte werden sich also auch künftig mit einem Legitimationsdefizit konfrontiert sehen. In Kombination mit anderen Friktionen könnte sich dies Defizit wenn nicht unmittelbar so doch mittelfristig auf ihre Abrüstungsbereitschaft auswirken. Finanzielle Friktionen wird Frankreich im verstärkten Maße zu spüren bekommen. Der Anteil der Nuklearrüstung am Beschaffungetat beträgt über 30%. Wenn wie geplant in den nächsten Jahren der Verteidigungsetat insgesamt stagnieren und der Beschaffungsetat real sinken wird, wird die direkte Konkurrenz zwischen nuklearer Rüstung und konventioneller Kampfkraft weiter zunehmen. Frankreich hat sich nicht nur auf ein Programm nuklearer Modernisierung verpflichtet, sondern ist auch auf umfangreiche Rüstungsmaßnahmen im konventionellen Bereich festgelegt. Neben Flugzeugträgern, einem national entwickelten Kampfflugzeug, Präzisionswaffen etc. plant Paris so kostspielige Maßnahmen wie die Einführung eines satellitengestützten Aufklärungs- und Kommunikationssystems. Bisher konnte Paris die Quadratur des Kreises noch mit Hilfe der

---

100 Vgl.: François Heisbourg: The British and French Nuclear Forces. Current Roles and Future Challenges, Survival 31 (Juli/August 1991) 4, S. 301-320.

101 Frankreich begründete seinen Austritt aus der NATO mit dem Argument, Nuklearwaffen können nur der Vergeltung dienen, schützen also nur ihren Besitzer. Nukleare Abschreckung bedeutet daher nach der klassischen französischen Auffassung ein Ende der militärischen Allianzen.

in Frankreich sattsam bekannten drei S - Strecken, Schieben, Streichen - erreichen. Künftig werden harte Entscheidungen kaum noch zu vermeiden sein. Es ist nicht auszuschließen, daß das Legitimationsdefizit und die finanzielle Krise zu einem Bedeutungsverlust nuklearer Rüstung führen werden, dem Frankreich in seiner Abrüstungspolitik Rechnung tragen muß.

Dagegen ist in Großbritannien die Haushaltslage zwar angespannt, aber noch unter Kontrolle. Die größten Aufwendungen für die Trident wurden Anfang der neunziger Jahre fällig. Der damalige Verteidigungsminister King hat mit den Sparmaßnahmen im konventionellen Bereich bereits finanziellen Spielraum geschaffen.[102] Dennoch werden allein die Unterhaltskosten der Nuklearwaffen knappe finanzielle Mittel binden und eine befriedigende Durchführung der anderen Aufgaben des britischen Militärs verhindern. Trotzdem scheint die derzeitige britische Führung so starr auf die nukleare Rüstung festgelegt zu sein, daß allenfalls ein Wechsel der Regierung schnell Folgen für nukleare Abrüstungsbereitschaft zeitigen könnte. Labour hat sich zwar von den Anfang der achtziger Jahre vertretenen Vorstellungen vollständiger einseitiger Abrüstung verabschiedet, würde aber die britischen Nuklearwaffen zumindest multilateralen Verhandlungen öffnen.[103]

---

102 Vgl. die Ausführungen von King über das "Options for Change" genannte Strategiepapier in: Hansard, 25. Juli 1990, S. 470-473.

103 Siehe hierzu: Matthias Dembinski: Die nukleare Rüstungs- und Rüstungskontrollpolitik Großbritanniens nach Ende des Ost-West-Konflikts, HSFK Report 4/1991, Frankfurt 1991, insb. S. 25ff.

4. China

4.1. Stand der Abrüstung

Nur in der Volksrepublik China hat das Ende des Ost-West-Konflikts, mit dem gleichzeitig auch der innersozialistische Ost-Ost-Konflikt abgeschlossen wurde, keine offensichtlichen Auswirkungen auf die nukleare Rüstungspolitik gehabt.

Das chinesische Nuklearwaffenprogramm wird häufig - wie hier - an fünfter Stelle genannt oder gänzlich vernachlässigt, obwohl die chinesische Politik für die Zukunft weltweiter nuklearer Abrüstung wahrscheinlich seit jeher bedeutsamer war und künftig noch wichtiger wird als das französische oder britische Verhalten. Die wachsende Relevanz der chinesischen Sicherheitspolitik ergibt sich zum einen aus der wirtschaftlichen Dynamik, zum anderen aus der Spannungsintensität der ostasiatischen Region.

Bisher ist das Tempo des chinesischen Rüstungsprogrammes freilich als moderat zu bezeichnen. Seit dem ersten Test einer Nuklearbombe am 16. Oktober 1964 hat China ca. 400 nukleare Sprengköpfe disloziert. Die meisten sind auf (veralteten) Mittelstreckenbombern und Mittelstreckenraketen stationiert. Die ersten ICBMs wurden erst Anfang der achtziger Jahre in Dienst gestellt. Mittlerweile verfügt China über 4 bis 10 Langstreckenraketen. Das erste (und bisher einzige) strategische U-Boot, bewaffnet mit 24 Raketen, wurde 1986 den Streitkräften übergeben. Für die geringe Geschwindigkeit der chinesischen Aufrüstung sind wahrscheinlich in erster Linie ökonomische Faktoren verantwortlich.[104]

Erst Mitte der achtziger Jahre begann China, sich überhaupt am Dialog über nukleare Rüstungskontrolle zu beteiligen. Bis Ende der achtziger Jahre beharrte das Land allerdings auf der vorherigen Abrüstung der Supermächte, ohne klare Bedingungen für eine eigene Teilnahme zu formulieren.[105] Ab 1985 begann China aktiv an der Diskussion um einen umfassenden Teststoppvertrag teilzunehmen.[106] Ende der achtziger Jahre legte die Führung in Bejing erstmals Bedingungen für eine Teilnahme an dem strategischen Rüstungskontrollprozeß vor. Das Konzept der drei Stopps und einer Reduzierung forderte von den USA und der UdSSR, das Testen, die Produktion und die Neustationierung nuklearer Waffen einzustellen und die bestehende Anzahl der Sprengköpfe um mindestens die Hälfte zu verringern.[107] Diese Vorbedingungen sind zum großen Teil erfüllt. Allerdings hat China

---

104 Eine andere Einschätzung gibt Gerard Segal: China, in: Regina Cowen Karp (Hg.): Security with Nuclear Weapons? Different Perspectives on National Security, Oxford (Oxford University Press for SIPRI), S.189-205, hier S. 195.

105 Vgl.: A. Johnson: China enters the Arms Control Arena, in: Arms Control Today, 17 (Juli/August 1987) 6, S. 11-17.

106 Thomas Schmalberger: In Pursuit of a Nuclear Test Ban Treaty. A Guide to the Debate in the Conference on Disarmament, UNIDIR, New York 1991, S. 54.

107 J. Mohan Malik: China and the Intermediate-Range Nuclear Forces Talks, in: Arms Control, 10 (Dezember 1989) 3, S. 235-274, hier S. 264.

auch in dem neueren Vorschlag nie präzisiert, mit welchen Schritten es antworten würde, falls die USA und Rußland ihren Bedingungen entsprechen.[108]

4.2. Zukunft der Abrüstung

Prognosen über die zukünftige Entwicklung der chinesischen Rüstungspolitik sind nur mit größten Unsicherheiten möglich und sollten mit entsprechender Vorsicht gelesen werden. Insbesondere mit einem Scheitern des kommunistischen Staatsmodells könnten sich die Grundlagen chinesischer Außenpolitik radikal ändern. Aber selbst unter der (wahrscheinlichen) Voraussetzung, daß die Volksrepublik stabil bleibt, muß sich eine Einschätzung auf mögliche Argumente für und gegen eine Reduzierung bzw. Erhöhung der Bedeutung nuklearer Rüstung beschränken.

Mit der veränderten weltpolitischen Situation könnte die Bedeutung von Nuklearwaffen in der Sicht der chinesischen Führung zunehmen, wenn die Spitzen von Militär und kommunistischer Partei das Land nach wie vor von russischen und amerikanischen Nuklearwaffen bedroht sehen. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR gelten die USA als die wichtigste sicherheitspolitische Herausforderung. Bejing könnte fürchten, daß die perzipierte amerikanische Hegemonie die Balance in der von kooperativen und konfrontativen Elementen geprägten amerikanisch-chinesischen Beziehung verändert und chinesische Handlungsfreiheiten übermäßig einschränkt. Darüber hinaus drohen mit Indien, perspektivisch möglicherweise mit Süd-Korea und Japan neue nukleare Gefahren an Chinas Grenzen zu entstehen, die, wenn die Perspektive einer Zurückdrängung der Proliferaton scheitert, einen Ausbau des nuklearen Arsenals geboten scheinen lassen.[109] Drittens scheint sich China zunehmend als regionale Vormacht zu begreifen. Die Nuklearwaffen könnten auch dazu dienen, diesen Anspruch zu unterstreichen. Viertens schließlich ist zu vermuten, daß auch im Falle Chinas die psychologische Bedeutung des Besitzes von Nuklearwaffen ein gewichtiger Faktor ist.

Andererseits könnte sich diese Perspektive verschieben, wenn die angestrebte Modernisierung der chinesischen Armee gelingt, die konventionelle Dominanz Chinas in der Region als gesichert erscheint und wenn eine weltweite Denuklearisierung als realisierbar gilt und die Respektabiliät und Verläßlichkeit des Landes an dieser Frage festgemacht wird.

Kurzfristig ist mehr als die vorsichtige Einbeziehung Chinas in den internationalen rüstungskontrollpolitischen Dialog kaum zu erwarten. Die chinesische Führung hat wiederholt, wenn auch möglicherweise in propagandistischer Absicht, angekündigt, sich an einem umfassenden Teststoppabkommen zu beteiligen. Diese Bereitschaft sollte umgehend auf den Prüfstand gestellt werden.

---

108 Vgl.: Liu Huaqin: China and START, in: Carlo Schaerf, Giuseppe Longo, David Carlton (Hg.): Space and Nuclear Weaponry in the 1990s, Worchester (Billing and Sons Ltd.) 1992, S. 119-124.

109 Zhai Zhihai: The Future of Nuclear Weapons: A Chinese Perspective, in: Garrity/Maaranen: Nuclear Weapons in the Changing World (Anm. 20), S. 165-180, besonders S. 177.

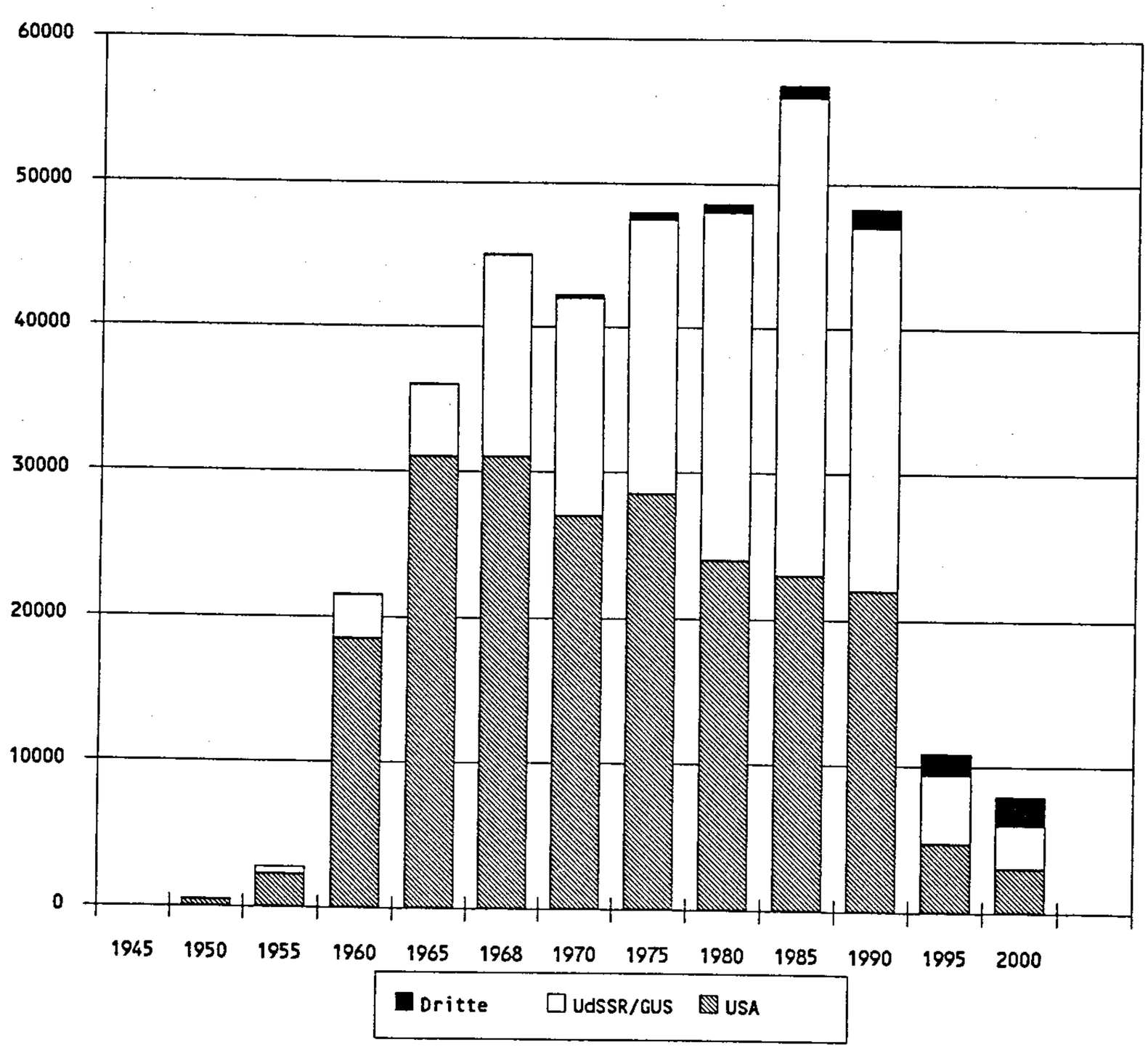
5. Zusammenfassung

5.1. Bewertung der bisherigen Abrüstung

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde die Anzahl der weltweit vorhandenen Nuklearwaffen drastisch verringert. Noch einschneidendere Reduzierungen sind bereits vertraglich vereinbart. Weltweit wurde die Anzahl der Nuklearwaffen bereits von über ca. 52.000 Gefechtsköpfen auf ca. 21.000 verringert. Bis zum Jahr 2003 ist eine weitere Reduzierung auf ca. 8.000 - 9.000 Gefechtsköpfe vereinbart.

Dieser allgemeine Trend ist jedoch von deutlichen regionalen Unterschieden geprägt. Die bereits erreichte und projektierte Abrüstung geht in allererster Linie auf das Konto der beiden früheren Supermächte. Bis zum Jahr 2003 werden die USA die Zahl ihrer dislozierten Nuklearwaffen von vormals ca. 20.000 auf ca. 3.500 - 4.000 verringert haben; das früher 27.000 - 33.000 Gefechtsköpfe umfassende sowjetische Arsenal wird ebenfalls auf ca. 3.500 Gefechtsköpfe in russischem Besitz schrumpfen. Bis dahin werden auf amerikanischer Seite ca. 8.000 taktische Waffen und bis zu 9.000 strategische Gefechtsköpfe demontiert oder eingemottet sein, auf sowjetischer Seite ca. 22.000 taktische und bis zu 8.000 strategische Gefechtsköpfe (vgl. Tabelle VIII).

TABELLE VIII: Anzahl der weltweit vorhandenen Nuklearwaffen



Das britische und französische Nuklearwaffenarsenal wird hingegen vermutlich leicht wachsen. Legt man die Anzahl der Gefechtsköpfe als die entscheidende Größe für die Entwicklung der Rüstungsdynamik zugrunde, wird sich der Aufrüstungstrend bei den europäischen Drittstaaten fortsetzen. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß die noch vor zwei Jahren geplanten Aufrüstungsmaßnahmen deutlich zurückgestutzt wurden.

Bisher scheint allein das chinesische Nuklearprogramm von dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht berührt worden zu sein. China hält an dem allerdings sehr langsam vonstatten gehenden Ausbau seines atomaren Arsenals fest.

Nicht minder einschneidend sind die qualitativen Veränderungen der nuklearen Arsenale. Allerdings gibt es auch hier deutliche regionale Unterschiede. Besonders weit fortgeschritten ist die Entschärfung der Rüstungsdynamik im amerikanisch-russischen Verhältnis. Ein Blick auf die Wirkung der Rüstungskontrolle vor und nach Ende des Ost-West-Konflikts unterstreicht den historischen Charakter der Veränderungen. Die traditionelle, mit quantitativen Parametern arbeitende Rüstungskontrolle ging mit einer qualitiven Verbesserung der Nuklearstreitkräfte einher, die die vertraglich festgeschriebenen, ohnehin mageren Einschränkungen in der Regel um ein Vielfaches kompensierte.[110] Dagegen betrifft die Abrüstung nach Ende des Ost-West-Konflikts nachhaltig auch die qualitativen Aspekte nuklearer Rüstung. Den Auftakt bildete der INF-Vertrag, der gleich eine ganze Kategorie modernster und militärisch interessanter Waffen beseitigte. 1991 und 1992 wurde dann der Rüstungsdynamik in einer Weise die Spitze gebrochen, wie es nachhaltiger und entschiedender kaum noch vorstellbar ist. Hier ist zum ersten auf den umfassenden Modernisierungsverzicht hinzuweisen. Die wechselseitigen, unilateralen Initiativen betrafen eine Vielzahl modernster bzw. kurz vor der Einführung stehender Waffensysteme. Neue Gefechtsköpfe und Trägersysteme werden nicht entwickelt und produziert.

Zweitens wurden die bestehenden Arsenale radikal entschärft. Der Abbau der taktischen Nuklearwaffen hat eine umfassende Entnuklearisierung der Einsatzstreitkräfte beider Seiten zur Folge. Der Stabilitätsgewinn, der allein durch diese Maßnahme erzielt wird, ist beachtlich. Taktische Nuklearwaffen galten als besonders destabilisierend. Sie waren nicht nur die entscheidende Eskalationsbrücke zwischen konventioneller Kriegführung und strategisch-nuklearer Weltvernichtung, sondern auch die Nuklearwaffen, die in anderen strategischen Kontexten als dem Ost-West-Konflikt als erste in Verlängerung der konventionellen Kriegführung eingesetzt worden wären. Darüber hinaus stellten sie aufgrund ihrer weiten Verbreitung ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar.

Historische Veränderungen gab es auch im strategischen Bereich. Als entscheidendes Kriterium zur Bewertung der strategischen Rüstungsdynamik galt die Fähigkeit zur prompten Zerstörung gehärteter Ziele. Würde eine oder - noch gefährlicher - beide Seiten in die Lage kommen, die Raketensilos, Bomberbasen und unterirdischen Befehlszentralen der anderen Seite überraschend zerstören zu können, wäre das Abschreckungssystem erheblich destabilisiert worden. Die wenn auch in diesem Fall nur theoretisch denkbaren

---

110 Vgl.: April Carter: Success and Failure in Arms Control Negotiations, Oxford (Oxford University Press) 1989.

Entwaffnungsszenarien haben die Rüstungsdynamik entscheidend angetrieben und hätten die politischen Führungen in Krisensituationen veranlassen können, mit einem nuklearen Angriff des Gegners zu rechnen und ihrerseits über Präemptionsoptionen nachzudenken.

Die Fähigkeit zur prompten Zerstörung gehärteter Ziele hängt zum einen von der Zielgenauigkeit, zum anderen vom Verhältnis von Startgeräten, also potentiellen Zielpunkten, und Gefechtsköpfen, also der Anzahl von Gefechtsköpfen pro Trägersystem (MIRV) ab. Eine Verbesserung dieser Faktoren war während der siebziger und achtziger Jahre von den an der politischen Instrumentierbarkeit nuklearer Waffen interessierten Strategieplanern gefordert und von den Militärs auf beiden Seiten betrieben worden. Der Verzicht auf MIRV-Gefechtsköpfe ebenso wie auf zielgenaue Waffen waren andererseits die zentralen Forderungen einer an Einhegung der nuklearen Potentiale interessierten Rüstungskontrollschule. Als entscheidender erster Schritt wurde diese Forderung auch von den Friedensforschern geteilt, die auf eine stufenweise Überwindung der Abschreckung setzten.[111]

Dieser noch in den späten achtziger Jahren utopisch klingenden Forderung haben die USA und Rußland weitgehend entsprochen. Durch die einseitigen Abrüstungsmaßnahmen und die beiden START-Abkommen werden überwiegend Raketen mit hoher Zielgenauigkeit abgebaut. Das betrifft die extrem zielgenauen MX und Midgetman sowie die Minuteman-III mit dem Mark-12A Sprengkopf, die Trident-II auf amerikanischer Seite ebenso wie die 308 SS-18 und andere Systeme auf russischer Seite.

START-II führt die VerMIRVung der Raketen deutlich zurück. Bedeutsam ist vor allem das Verbot der als besonders destabilisierend eingeschätzten landgestützten Raketen mit mehr als einem Gefechtskopf. Wichtig ist aber auch die Reduzierung der seegestützten Systeme auf 1.700 Sprengköpfe. Durch die deutliche Reduzierung des Verhältnisses von Trägersystemen zu Gefechtsköpfen wird die strategische Stabilität zunehmen. Künftig werden Entwaffnungsszenarien auch rein rechnerisch nicht mehr vorstellbar sein. Dadurch werden Präventionsinstabilitäten und Präemptionsängste nachhaltig abgebaut.

Die erreichten und geplanten Abrüstungsmaßnahmen werden erhebliche Auswirkungen auf die Nuklearstrategien und die operativen Planungen haben. Während des Ost-West-Konflikts waren die Nuklearstrategien auf amerikanischer und sowjetischer Seite von der Vorstellung geprägt, die nuklearen Streitkräfte ließen sich in Grenzsituationen tatsächlich in einer politisch nutzenmaximierenden Weise einsetzen. Die unilateralen und vertraglich vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen signalisieren einen Verzicht auf derartige Illusionen.[112] Die Reduzierung der Alarmbereitschaft und die Konsolidierung der Nuklearwaffen unter einem Oberkommando vermindert darüber hinaus die Risikoanfälligkeit nuklearer

---

111 Jürgen Wilzewski: Das gefährdete Gleichgewicht. Strategische Rüstungskontrolle und die Ambivalenz der Abschreckung, Frankfurt (Campus) 1988.

112 So sprachen sich hochrangige Vertreter der amerikanischen Marine dafür aus, angesichts der Verlagerung der russischen Abschreckung auf See die Fähigkeiten zur Bekämpfung von U-Booten, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eingeschränkt worden waren, künftig entschieden auszubauen. Vgl.: Robert Holzer: Weapon Accords Expand Mission for ASW, in: Defense News, 7 (21.-27. Dezember 1992) 51, S. 3.

Abschreckung. Die erhöhte Transparenz reduziert nicht nur die Unsicherheit über die militärischen Möglichkeiten der anderen Seite; sie bildet ein weiteres Element der Einbindung. Insgesamt dienen Nuklearwaffen künftig stärker erkennbar der politischen Rückversicherung.

5.2. Empfehlung und Ausblick

Trotz der bereits erreichten erheblichen quantitativen Verringerung und qualitativen Einschränkung der nuklearen Arsenale wird kritisch angemerkt, daß 3.000 - 3.500 strategische Gefechtsköpfe angesichts der vollständigen Auflösung der alten Konfliktstruktur immer noch ein unangemessen hohes Rüstungsniveau darstellen. Der Einwand erfolgt zwar nicht zu unrecht, ist aber zunächst irrelevant. Angesichts der Dimensionen der zu beseitigenden Altlasten ist es relativ unerheblich, ob die USA und Rußland sich in den nächsten ein bis zwei Jahren auf einen START-III-Vertrag einigen. Die wichtigste sicherheitspolitische Aufgabe ist, auch dies ist neu, die Implementierung der bestehenden Abkommen.

Politisch geht es primär darum, die Ratifizierung des START-II-Abkommens durch das russische Parlament und, als Vorbedingung, die Ratifizierung der Lissaboner Protokolle durch das ukrainische Parlament sicherzustellen. In diesem Bereich kann auch der Nicht-Nuklearwaffenstaat Deutschland einen wichtigen Beitrag leisten. Er kann sich an international abgestimmten Initiativen gegenüber der Ukraine beteiligen, möglicherweise zusätzliche Anreize bereitstellen, um das ukrainische Parlament zur Aufgabe der Nuklearwaffen zu bewegen.

In einem sehr materiellen Sinne geht es zweitens um die tatsächliche Demontage der Waffen und die dauerhaft sichere Entsorgung des spaltbaren Materials. In diesem Bereich liegen die entscheidenden Gefahren, hier muß sich Abrüstungspolitik beweisen. Hier bestehen auch die entscheidenden Lücken. Weder ist es gelungen, eine international überprüfbare Bestandsaufnahme aller Nuklearwaffen vorzunehmen, noch ist die Demontage der Gefechtsköpfe und die Verwendung oder sichere Endlagerung des spaltbaren Materials gewährleistet. Allenfalls der Transport und die sichere Lagerung scheinen zumindest bisher zu funktionieren.

Die heute schon berechtigterweise bestehenden Fragen über die Sicherheit des russischen Nuklearkomplexes, vor allem aber die unstabile politische und wirtschaftliche Lage in Rußland lassen verläßlichere Kontrollen unbedingt notwendig erscheinen. Eine internationale Kontrolle der Teilbereiche des russischen Nuklearkomplexes, der nicht mehr direkt der militärischen Aufsicht zu unterliegen braucht, würde gewichtige Vorteile eröffnen. Frühere Konzepte über internationale Plutonium-Lager (IPS) könnten hier als Vorbild dienen. Internationale Kontrolle der Lager mit Gefechtsköpfen, die für die Demontage vorgesehen sind, der Demontage selbst sowie des freiwerdenden spaltbaren Materials würde

- gegenüber den anderen Republiken und der weiteren Umwelt eine wichtige Rückversicherung darstellen,

- den Komplex transparent und die Sicherheitsrisiken einschätzbar machen,
- verdeutlichen, daß das spaltbare Material nicht mehr im Besitz der russischen Republik ist, also auch einer Nachfolgeregierung nicht zustehen würde.

Bisher haben sich die USA derartigen Vorstellungen verweigert, weil Rußland im Gegenzug auf ähnlichen Kontrollen des amerikanischen Nuklearkomplexes besteht.[113] Hier ist Überzeugungsarbeit der amerikanischen Verbündeten gefragt, um die neue Administration zu einer Änderung des Kurses zu bewegen. Langfristig sollte es bei der bloßen Lagerung des spaltbaren Materials nicht bleiben. Für das hochangereicherte Uran (HEU) zeichnet sich bereits eine Lösung ab. Die USA haben mit Rußland vereinbart, das HEU zu übernehmen. Modelle für die Endlagerung oder Weiterverarbeitung des Plutoniums stehen allerdings noch aus.[114] Eine Dekomposition zumindest unterhalb der Ebene der Plutoniumkerne (pits) wäre wünschenswert.

Deutschland ist dringend gefordert, sich an der Entsorgung des Nuklearwaffenkomplexes der früheren UdSSR zu beteiligen, entweder im Rahmen der IAEO oder in Kooperation mit europäischen Nuklearwaffenstaaten.

Sobald auf die Entsorgung der russischen Nuklearwaffen eine auch die internationale Staatengemeinschaft überzeugende Antwort gefunden und die Implementierung des START-Vertrages auf den Weg gebracht ist, wird auch die weitere Abrüstung wieder auf die sicherheitspolitische Agenda rücken. Schon die inneramerikanischen Diskussionen zeigen, daß der START-II-Vertrag zwar eine Zäsur im Abrüstungsprozeß, sicherlich aber nicht seinen Endpunkt darstellt.

Bereits 1993 stehen abrüstungsbegleitende Maßnahmen auf der sicherheitspolitischen Tagesordnung. Die wichtigste Aufgabe ist der Ausbau der verschiedenen unilateralen Teststopp-Moratorien zu einem umfassenden Atomwaffenteststopp-Vertrag. Zweitens ist die Forderung nach verbindlicheren Sicherheitsgarantien kaum noch abzuweisen.[115] Einer deutlicheren Formulierung negativer Sicherheitsgarantien stand bisher die NATO und ihre

---

113 Allerdings hat zumindest in akademischen Zirkeln längst ein Umdenkungsprozeß eingesetzt. Vgl.: Ashton B. Carter und Owen Coté: Disposition of Fissile Material, in: Graham Allison et.al.: Cooperative Denuclearization (Anm.48), S. 117-136, insb. S. 125

114 Vgl. hierzu vor allem Frans Berkhout et al.: Disposition of Separated Plutonium, in: Science and Global Security, 3 (1992), S.1-53. Die deutsche Expertin für Fragen im Zusammenhang mit der sicheren Entsorgung des russischen Nuklearkomplexes ist Annette Schaper: Folgen der Abrüstung. HSFK Report, in Vorbereitung.

115 Vgl.: Beate Kohler: Der Vertrag über die Verbreitung von Kernwaffen und das Problem der Sicherheitsgarantien, Frankfurt (Metzner) 1972; zu negativen Sicherheitsgarantien vgl.: Thomas Nielebock: Freiheit für Atomwaffen oder Atomwaffenfreiheit? Das Verlangen von Nichtkernwaffenstaaten nach negativen Sicherheitsgarantien und die Haltung der Kernwaffenstaaten, Baden-Baden (Nomos) 1989.

Rhetorik des nuklearen Ersteinsatzes im Wege.[116] Hier ist eine grundsätzliche Änderung überfällig. Abgesehen davon, daß der nukleare Ersteinsatz seit jeher militärisch fragwürdig und in den Folgen vermutlich katastrophal gewesen wäre, ist er nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schlicht überflüssig geworden. Die NATO braucht ihn weder als Abschreckung gen Osten noch als Abwehr gegen Bedrohungen aus dem Süden.

Bis vor kurzem stellte die UN-Resolution 255 von 1968 die einzige positive Sicherheitsgarantie mit globaler Reichweite dar.[117] Der Sicherheitsrat hat mit seiner Erklärung vom Januar 1992 die Beistandsgarantien bestätigt und auf Übergriffe mit anderen Massenvernichtungsmitteln ausgeweitet. Danach kann sogar schon der Erwerb von Massenvernichtungsmitteln einen Bruch des Friedens darstellen und Maßnahmen nach Artikel VII der UN-Charta rechtfertigen. Einer Diskussion über explizitere positive Sicherheitsgarantien sollten sich die nuklearwaffenbesitzenden Staaten nicht entziehen, allein schon um die sehr widersprüchlichen und undeutlichen Erwartungen an dies Konzept zu klären.

Auch in diesem Bereich sind deutsche Initiativen gefragt. Die Bundesrepublik unterstützt innerhalb der UNO Vorstöße für einen umfassenden Teststoppvertrag. Sie sollte in dieser Frage deutlicher Profil zeigen, beispielsweise durch die Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes. Zweitens sollte sich die Bundesrepublik innerhalb der NATO dafür einsetzen, endlich auch offiziell die überholte "First Use"-Doktrin abzuschaffen. Drittens sollte auch Deutschland über Konzepte für verläßlichere Sicherheitsgarantien nachdenken.

Wenn die Frage nach dem Fortgang der Abrüstung wieder auf die sicherheitspolitische Agenda rückt, besteht eine Chance, zumindest perspektivisch auch die Überwindung der Abschreckung ins Blickfeld zu nehmen. Als erste Staaten werden sich wahrscheinlich Großbritannien und Frankreich vor die Frage gestellt sehen, ob sie am Nuklearwaffenstatus festhalten wollen. Den nuklearen Potentialen beider Länder fehlt eine ausreichende Legitimation; insbesondere für Frankreich stellen die Nuklearwaffen eine ernstzunehmende finanzielle Belastung dar. Dennoch könnte vermutlich das Vereinigte Königreich als erstes Land zu einem vollständigen Verzicht auf Nuklearwaffen bereit sein, und zwar nach einem Regierungswechsel. Voraussetzung für eine Entnuklearisierung der europäische Drittstaaten bleibt zum einen der Fortgang der Reformen in Rußland, zum anderen die Festschreibung der nordatlantischen Sicherheitsbeziehungen.

Schwerer zu prognostizieren sind die weitere Entwicklung der sicherheitspolitischen Beziehungen in Ost-Asien und der chinesischen Rüstungspolitik. Sicher scheint allein, daß die Volksrepublik auf absehbare Zeit nicht auf ihren nuklearen Status verzichten wird. Mittelfristig geht es primär um die Einbeziehung Chinas in den rüstungskontrollpolitischen Dialog.

---

116 Auch auf der letzten Tagung vor ihrer Auflösung in Gleneagles konnte sich die Nukleare Planungsgruppe der NATO nicht zum längst überfälligen Verzicht auf die Doktrin des nuklearen Ersteinsatzes durchringen.

117 Darin haben die USA, Großbritannien und die Sowjetunion ihre Bereitschaft bekräftigt, in Übereinstimmung mit der UN-Charta einem Nicht-Kernwaffenstaat, der Mitglied des NVV ist, im Falle einer nuklearen Erpressung oder eines nuklearen Angriffs Beistand zu leisten.

Ebensowenig steht mittelfristig die vollständige nukleare Abrüstung der früheren Supermächte auf der Tagesordnung. Sie wäre auch aus friedenspolitischer Perspektive nicht notwendigerweise die überzeugendste Antwort auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die frühe Rüstungskontroll-Literatur hat als Voraussetzung für die vollständige nukleare Abrüstung zwei Bedingungen formuliert, die auch heute noch Gültigkeit haben. Sie ließe sich nur im globalen Rahmen bewerkstelligen und dürfte sich nicht auf die erklärten Nuklearmächte beschränken, sondern müßte die inoffiziellen Nuklearwaffenstaaten mit einschließen. Zweitens müßte zuvor das Problem der Wiederaufrüstung gelöst sein. Dies Problem galt der Rüstungskontrollschule als das schwerer wiegende Hindernis. In einer Welt, in der mit den Nuklearwaffen nicht zugleich die politischen Spannungen beseitigt würden, würden Unsicherheit und Mißtrauen zunehmen und die Wiederaufrüstung nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich sein. [118]

Dieser Hinweis ist zwar in der Tendenz zutreffend, aber nicht in jedem Falle ein prinzipielles Hindernis. Wenn es gelingt, vitale Konflikte zwischen den machtpolitisch wichtigen Akteuren zu beseitigen, das UNO-Sicherheitssystem zu einem verläßlichen ordnungs- und sicherheitspolitischen Regime auszubauen, wäre eine Voraussetzung für die allgemeine Abrüstung geschaffen. Solange die UNO als Garant eines Systems kollektiver Sicherheit nicht selbst über ausreichende militärische Mittel verfügt, müssen die Sicherheitsgarantien der Garantiemächte, das heißt auch deren deutliche militärische Überlegenheit, gewährleistet sein.

Die zweite Voraussetzung ist ein Ausbau der Überwachung der zivilen Nuklearenergie, die sicherstellen würde, daß auch solche Staaten am Bau der Bombe gehindert werden, deren Einhaltung der Regimeregeln in Zweifel steht.

Das entscheidende Hindernis auf dem Weg zu einem verläßlichen globalen Sicherheitsregime ist die Ungewißheit über die Erfolgsaussichten des russischen Reformprozesses. Die Bedeutung Rußlands als weltpolitischer Akteur ist verblaßt. Das Land kann positiv nur wenig zur Neuordnung beitragen; sein Chaospotential ist aber gewaltig. Sollte der russische Reformkurs grundsätzlich abbrechen, wäre auch das Projekt einer neuen Weltordnung vermutlich zum Scheitern verurteilt.

Die zweite Voraussetzung für ein funktionierendes, globales Sicherheitsregime wäre die Institutionalisierung der Kooperation zwischen den USA, Westeuropa und Japan. Um die Legitimität und damit Akzeptanz des Regimes abzusichern, ist die Einbeziehung von Akteuren aus anderen Regionen geboten. Die dritte Voraussetzung schließlich wäre die Einbeziehung Chinas in das Sicherheitssystem.

Solange diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird es weiterhin nur um eine Einschränkung, nicht die Überwindung der nuklearen Abschreckung gehen. Aber auch hier gibt es noch großen Handlungsbedarf. 3.000 bis 4.000 Nuklearwaffen auf jeder Seite sind immer noch ein übermäßig großes Potential. Eine weitere deutliche Reduzierung ist mit der

---

118 Vgl.: J. David Singer: Deterrence, Arms Control, and Disarmament, Columbus, Ohio 1962; vgl. neuerdings auch den Sammelband von Regina Cowen Karp (Hg.): Security Without Nuclear Weapons? Different Perspectives on Non-Nuclear Security, Oxford (Oxford University Press for SIPRI) 1992

Aufrechterhaltung einer minimierten Abschreckung vereinbar, würde auch explizite positivere Sicherheitsgarantien in ihrer Glaubwürdigkeit nicht beeinträchtigen. Die entscheidende Herausforderung für die deutsche Politik besteht darin, die Perspektive auf die allgemeine und vollständige nukleare Abrüstung offenzuhalten.

ISBN 3-928965-24-7